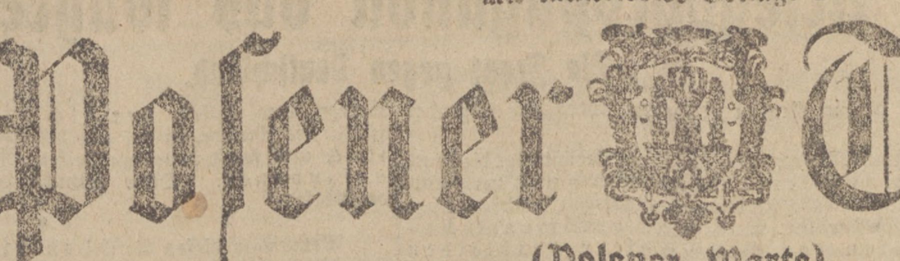
Donnerstag, 12. März 1925. | Einzelnummer 15 Groschen mit illustrierter Beilage 30 Gr. | 64. Jahrgang. Nr. 59.

erscheint an allen Werktagen.

Bezugspreis monatl. Zloty
bei der Geschäftsstelle 3.50
in den Ausgabestellen 3.70
durch Zeitungsboten 3.80
durch die Post 3.50
ausschl. Postgebühren
ins Ausland 6 Zloty
in deutscher Währg. 5 R.-M.

Fernsprecher 6105. 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.



Posener Tageblatt

(Posener Warte)

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild“.

Postscheckkonto für Polen Nr. 200 283 in Posen.

Postscheckkonto für Deutschland Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 45 Gr. für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 15 Groschen, Reklameteil 45 Groschen. Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 135 gr.

Das Testament Jagiellos.

Der polnische Außenminister Skrzyński ist, nach seinen des öfteren gehaltenen Reden, ein eifriger Verfechter der Friedenspolitik. Das hat ihm die erbitterte Feindschaft seitens der polnischen Rechtskreise eingebracht. Kurz vor seiner Pariser Reise hat der Außenminister in der Sejmkommission für auswärtige Angelegenheiten über die außenpolitische Lage ein Exposé gehalten, in dem er zum Ausdruck brachte, daß „der schöpferische Frieden das Zusammenleben mit den anderen Völkern organisieren solle und müsse“. Er sagte, daß „das Gesicht der polnischen Politik friedlich sei, wenn auch Gegner Polens bemüht seien, ihr verschiedene Masken aufzulegen“.

Dieser Satz läßt den kritischen Beobachter unwillkürlich die Frage stellen, wer denn eigentlich daran schuld ist, daß man Polen Masken aufzulegen sucht. Doch nur Polens eigene Uebernationalisten! Diese Leute faseln noch immer von dem berühmten Testament Jagiellos, jenes Litauerfürsten und Polenkönigs aus normannischem Geblüt, der seine Herrschaft vom Baltischen bis zum Schwarzen Meer ausdehnen wollte. Haben die Dmowskis nicht oft deutlich genug verraten, welches politische Ziel ihnen vorschwebt? Roman Dmowski, der Führer der polnischen Nationaldemokraten in der russischen Duma, hatte schon zu Beginn des Weltkrieges mit dem russischen Plan zur Sammlung der slawischen Völker sympathisiert und der Proklamation des russischen Oberstkommandierenden am 1. August 1914 „an die polnische Nation“ zugejubelt, in der den Polen die Wiedervereinigung Polens zu einem autonomen Reich versprochen wurde. Und acht Tage später schloß Roman Dmowski eine Rede in der russischen Duma mit dem Wunsch, daß der Krieg gegen den Erbfeind des Slawentums, Preußen, zu einer Vereinigung des in drei Teile zerrissenen polnischen Volkes führen müsse. Als dann die polnische Republik proklamiert wurde, da griff Dmowski, der vorher ganz begeistert den russischen panslawistischen Plänen zugestimmt hatte, das Testament Jagiellos auf, und ihm schlossen sich die anderen Uebernationalisten an.

Solche Träume darf man durchaus nicht als belanglos hinstellen. Man schaue nur nach England, das seinen Traum von der Beherrschung der Weltmeere mit eiserner Willenskraft verfolgt und schließlich auch in die Wirklichkeit umgesetzt hat. Heute klingt in dem Herzen eines jeden Engländers das „Rule Britania“, ganz gleich, welcher Partei er angehört, ganz gleich, ob reich oder arm. Das Testament Peters des Großen, des Zaren aller Reußen, das orthodoxe Kreuz auf der Haggia Sophia in Stambul zu errichten und alle Slawen und noch Dutzende anderer Völker zu beherrschen, hat im Laufe zweier Jahrhunderte ein Riesenreich geschaffen. Wohl geht die russische Entwickelung langsam vor sich, doch sie geht vorwärts. Das Zarenzepter ist zwar gefallen, und in Moskau regieren Volkskommissare, aber auch diese träumen von der Beherrschung Europas und Asiens, träumen gar von der Beherrschung der Welt. Damals war es der Zarismus, jetzt ist es der Bolschewismus, der andere Reiche an sich reißen will. Die Taktik wurde zwar geändert, die Absicht ist aber dieselbe geblieben.

Das Testament der Jagiellonen ist zwar früher nur von dem polnischen und litauischen Adel verfochten worden, heute aber bemühen sich nationalistische Bürgerkreise, es dem gesunden nationalen Volkswillen zu suggerieren. Niemand hätte Polen Masken angedichtet, wenn nicht die polnischen Übernationalisten dazu den Anlaß geben würden. Doch dem Außenminister Skrzyński darf man Glauben schenken, wenn er sagt: „Die Unterzeichnung des Genfer Protokolls durch uns war ein Glaubensbekenntnis . . .“ Das war sein Glaubensbekenntnis. Doch was sagten die polnischen Rechtsblätter zu dem Genfer Protokoll, was die Abgeordneten der Rechten? Sie sagten, daß der Außenminister keine reale Politik verfolge, daß er sich damit also der größten Sünde schuldig mache, die ein Diplomat begehen könne. Diese wackeren übernationalisten lassen Skrzyńskis Worte, daß „die alte Diplomatenmaschinerie völlig ausgespielt hat“, nicht gelten. Warum nicht? Sie haben gewisse Träume im Hirn und Herzen, von denen sie nicht lassen wollen, weil sie nur zu gut wissen, daß sie sonst ihren ganzen Einfluß verlieren würden. Sie wollen auch vom Völkerbund nicht viel wissen, da dieser — man kann es schließlich doch nicht leugnen — den Anfang der paneuropäischen Idee bedeutet. Als Herriot im Oktober vorigen Jahres in der Sorbonne und im Januar in der Kammer die vereinigten Staaten von Europa als sein politisches Ziel proklamierte, bekamen die polnischen übernationalisten furchtbares Herzklopfen. Mit wahrhaft tödlicher Verlegenheit sind die nationalen Blätter Polens über diese Erklärung Herriots hinweggegangen und ebenso über die Antwort des deutschen Außenministers Stresemann, der Herriots Paneuroparede in einem Interview zustimmte.

Man kann dem polnischen Außenminister nur beipflichten, wenn er sagt: „Mit dem Friedensgedanken wird die Menschheit immer rechnen müssen!“ So ist es! Einmal muß die Menschheit doch zur Vernunft kommen. Einmal wird man endlich soweit sein, daß man jeden Krieg verdammt, daß man Streitigkeiten der Völker nur noch durch Schiedsgerichte entscheiden läßt. Der Weg dahin ist zwar noch lang und dornenvoll, aber die Leiden derer, die den Weg bereits gehen, werden einst nicht umsonst gewesen sein. Skrzyński sagt, daß Polen einen Garantiepakt, der die Grenzen Frankreichs sichert, mit Freuden begrüßen würde. Seiner Ansicht nach würde ein solcher Pakt in keinem Falle einen Bruch des polnisch-französischen Bündnisses bedeuten. Ausgeschlossen sei aber ein Pakt, der Polen den Nachbarn zum Raub hinwerfen würde. Wenn Außenminister Skrzyński hier von den Nachbarn spricht, so meint er damit natürlich in erster Linie Deutschland. Woraus will Skrzyński aber schließen, daß Deutschland auf den Raub Polens ausgeht? In der englischen Presse sind gewisse Meldungen über Polens Westgrenzen erschienen. Sofort hat die polnische Presse „deutsche Infamie“ vermutet. Deutschland sei es auch, wenigstens nach der polnischen Presse zu urteilen, das durch einen Garantiepakt zwischen Frankreich, England und Deutschland — Polen der Vereinsamung ausliefern möchte. Nun aber gab Skrzyński selber zu, daß der englische Außenminister Chamberlain im Unterhause die Erklärung abgegeben habe, daß zum Garantiepaktthema bisher noch keinerlei Besprechungen aufgenommen worden sind. Und weiter gab Skrzyński zu, daß nur die Presse Frankreichs und Englands die öffentliche Meinung in einer Art bearbeite, die in Polen Unruhe hervorrufe. Diese Unruhe erscheint zunächst vollkommen überflüssig. Denn es wird ja in Warschau immer gesagt, daß Polen ein reines Gewissen habe, was ja bisher weiter niemand bestreiten will.

*

Zu diesen Unbedachten.

Hinsichtlich Danzigs führte Chamberlain aus, er bitte das Haus, nicht zu erwarten, daß er seine Ansicht so ausdrücke, daß er später nicht in der Lage sei, einem gemeinsamen Beschluß beizutreten, den er nach einer gemeinsamen Erörterung selbst für richtig halte. Ich teile völlig den Wunsch, daß die wiederhergestellte Republik Polen mit ihren Nachbarn in einem guten Verhältnis lebe und alles tue, um ihre Lage leichter zu gestalten und Schwierigkeiten zu verhindern. Jedermann habe die Schwierigkeiten Polens verstehen können, als es an einer Grenze bedroht war. Aber es verstärke allmählich seine Stellung, bringe seine Finanzen in Ordnung, nehme eine internationale Anleihe auf und mache stetige und fruchtbare Fortschritte. Unter diesen Umständen erwarte man von Polen eine Sicherheit des Urteils, eine Klarheit in der Politik, sowie eine Rücksichtnahme auf die Gefühle anderer, die vielleicht in den Anfangsstadien der wiedergewonnenen Freiheit Polens nicht zu erwarten gewesen seien, als es versucht habe, sich auf einer sicheren Grundlage aufzurichten.

(Aus der Rede Chamberlains im Unterhaus am 5. 3. 25.)

Das Paulinum von neuem bedroht.

Trotzdem das gemischte deutsch-polnische Schiedsgericht in Paris in Sachen des Paulinums am 2. März durch eine einstweilige Verfügung jede Änderung des Sachstandes, im besonderen einen Verkauf des Paulinums, untersagt hatte, hat das Posener Liquidationskomitee durch Schreiben vom 5. März dem Kuratorium des Paulinums aufgegeben, innerhalb 8 Tagen das Paulinum an den neuen Eigentümer, nämlich an den polnisch-evangelischen Verein in Posen zu übergeben, und im Laufe weiterer 10 Tage das Paulinum zu räumen, unter Androhung der Exmission durch den Gerichtsvollzieher. Daß es sich hierbei nicht um einen Irrtum handelt, geht daraus hervor, daß der „Kurjer Poznański“ in seiner Nummer 54 vom 6. März mit Bezug auf das Paulinum schreibt, daß das Schiedsgericht in Paris nicht zuständig sei und die Regierung demgemäß eine Entscheidung dieses Schiedsgerichtes nicht anerkennen werde. Diese Äußerung wirft ein eigentümliches Licht auf das Liquidationsverfahren; man könnte fast auf den Gedanken kommen, als sei die Absicht leitend gewesen, vollendete Tatsachen zu schaffen, etwa nach dem Beispiel von Wilna, wenn man Kleines mit Großem vergleichen darf. Das Liquidationskomitee hatte mehrere Monate das Liquidationsverfahren gegen das Paulinum eingestellt. In dem Augenblick, als die Sache des Paulinums auf die Tagesordnung des gemischten Schiedsgerichts gestellt wurde, gab das Liquidationskomitee dem Verfahren gegen das Paulinum seinen Fortgang und sprach noch am selben Tage die endgültige Enteignung aus. Drei Tage nach Veröffentlichung dieses Beschlusses ging das Eigentum des Paulinums auf den polnischen Staat über, und trotz der einstweiligen Verfügung des Schiedsgerichts wird nun die zwangsweise Räumung des Paulinums angedroht. Diese Räumung soll trotz aller Bestimmungen des Mieterschutzgesetzes mit einer Frist von 10 Tagen erfolgen, ohne daß den über 40 Personen, die das Paulinum bewohnen, eine andere Unterkunft nachgewiesen wird, so daß die Zöglinge und die Schwestern geradezu auf die Straße gesetzt werden. Besonders eigenartig berührt es, daß in Verbindung mit diesem rücksichtslosen Vorgehen gegen eine evangelische Anstalt, die sich fast 30 Jahre im ungestörten Besitz der hiesigen Inneren Mission befindet, ein polnisch-evangelischer Verein genannt wird, der diese Gelegenheit benutzt, sich für einen Spottpreis, der nur einen ganz geringen Bruchteil des wirklichen Wertes darstellt, sich in den Besitz dieses wertvollen Grundstücks zu setzen. Dieses Verhalten wird in der ganzen Welt berechtigtes Aufsehen erregen, im besonderen auch in den Kreisen des gemischten deutsch-polnischen Schiedsgerichts, dem auch ein polnischer Richter und ein polnischer Staatsvertreter angehört.

Die Zusammenarbeit des Polenbundes mit den Staatsvertretern.

Im „Katolik Codzienny“ ist nachstehende Notiz veröffentlicht:

„Katolik Codzieny“ vom 10. Februar 1925, Nr. 32:

„Das Beuthener Sekretariat des Polenbundes in Deutschland hat sein Rechtsschutzbureau in Beuthen, Gleiwitzer Straße 10 (Hotel Lomnitz), Hofeingang III. Für das Publikum ist das Bureau am Dienstag und Freitag offen. An allen andern Tagen befindet sich der Sekretär in den Landgemeinden.“

Diese Notiz ist für das Zusammenarbeiten des Polenbundes in Deutschland mit dem polnischen Generalkonsul und polnischen Staatsvertreter, Dr. Szczepański in Beuthen, dessen Geschäftsräume sich ebenfalls Gleiwitzer Straße 10 befinden, bezeichnend.

Die Danziger Speisenfolge.

Ein Vorspiel.

Der „Kurjer Polski“ schreibt: „Dem am Montag sich versammelnden Völkerbundrat kann schwach werden beim Anblick des Danziger Menus dieser Session. Es setzt sich aus 9 Gängen zusammen, da haben wir alles: von den Briefkästen bis zur Hafenpolizei. Von der Frage „Danzig“ bis zur Eisenbahndirektion, und nach einer ganzen Reihe von „Imbissen“ kommen solche „pieces de résistance“, wie „die Grundsätze, die beim Abschluß polnisch-Danziger Verträge angewandt werden müßten“. Unter diesem Titel figuriert im Programm im Punkt 5 die Frage der staatsrechtlichen Stellung der Freistadt und ihres Verhältnisses zu Polen. Schon dieses Speisenverzeichnis müßte der ehrwürdigen Genfer Versammlung den Zweifel aufdrängen, ob in der bisherigen Praxis des polnisch-Danziger Zusammenlebens alles in Ordnung sei, und ob nicht im Grunde genommen der letzte Punkt, der 9., der das Verfahren in Danziger Angelegenheiten auf Grund des Art. 39 der Konvention vom 9. November 1920 betrifft, der wichtigste Punkt des Programms sei.

Man muß zugeben, daß diese letzte Frage nicht einfach und nicht leicht ist. Der prozedurelle Boden in den Danziger Fragen ist so mit Unkraut bedeckt, daß die Auffindung einer neuen Verfahrensweise, die alle Rechtsgrundlagen des Verhältnisses zwischen Polen und Danzig, alle durch mehrjährige Tradition geheiligten Kompetenzen in Kraft behält, genaue Studien und Erwägungen erfordert. Man sollte sich aber wünschen, daß der Völkerbundrat, wenn er sich in der gegenwärtigen Session kein feststehendes Urteil über dieses Problem bilden könnte, wenigstens im Grundsatz die Notwendigkeit der Besserung anerkennt und die allgemeine Richtung (aber für beide Seiten! Red. „Pos. Tgbl.“) weist. Das ist dann schon ein wichtiges Unterpfand für die Zukunft.

Der Mittelpunkt des Danziger Programms ist die schon erwähnte Frage der staatsrechtlichen Stellung der Freistadt, hervorgerufen durch die bekannte Entscheidung des Hohen Kommissars vom November vorigen Jahres. Die Grundlage dieser Entscheidung war die an sich sehr geringfügige Angelegenheit der polnisch-Danziger Tarifkonvention, die schon am 22. Juli 1922 abgeschlossen war, und demnach schon einige Jahre galt. Hierbei handelt es sich keineswegs um den Wortlaut der Konvention, um irgend einen Gegensatz der Interessen in der praktischen Anwendung der Eisenbahntarife, sondern um die formelle Vorschrift, die sich auf die Ratifizierung des Vertrages bezieht. Von seiten Danzigs ist diese Vorschrift ausgenutzt worden, um die rechtliche Gleichstellung Polens und der Freistadt zu demonstrieren, und das gab dem Hohen Kommissar Vorwand zu seinen theoretischen Ausführungen über die Natur des Danziger Staatswesens.

Die Diskussion darüber, ob Danzig ein Staat sei oder nicht, erscheint uns angesichts des Wortlauts des Art. 17 der Pariser Konvention zumindest um 4 Jahre verspätet. Wenn aber Danzig ein Staat ist, dann ist es ein Staat sui generis, ein wirklich einzigartiger Staat, ein Staat, dessen Existenzrecht — Polen bildet. Die Freistadt ist nämlich mit dem zu ihr gehörigen Territorium nicht der schönen Augen der Danziger wegen, noch dazu entstanden, um die Deutschen zu quälen, sondern ausschließlich darum, um Polen den Zugang zum Meere zu sichern. Daraus geht hervor, daß, wenn Danzig ein Staat ist, dessen Souveränität zu Gunsten Polens beschränkt ist, er den Bedürfnissen eines dauerhaften und sicheren Zugangs Polens zum Meere untergeordnet ist. Das ist die eine Seite der Angelegenheit, die vor kurzem im Sejm von Herrn Skrzyński als Protektorat Polens über Danzig bezeichnet wurde. Die zweite ist die Fürsorge des Völkerbundes, der die Freistadt im Friedensvertrage unterstellt wurde.

Trotz der theoretischen Hinstellung der Frage durch den Hohen Kommissar handelt es sich also gar nicht darum, ob Danzig ein Staat ist oder nicht, sondern darum, daß die Rechte Polens in Danzig gesichert sind. Es wäre nämlich ein grober Fehler, anzunehmen, daß es in dem staatsrechtlichen Feldzug der leitenden Faktoren in Danzig um die theoretische Anerkennung der Souveränität der Freistadt geht. Nein, es geht ihnen darum, mit Hilfe dieser theoretischen Diskussion in der Praxis die aus dem Rechte des Zuganges zum Meere fließenden Attributionen Polens zu vereiteln, oder wenigstens auf ein Minimum zu reduzieren. (!) Das kann die polnische Regierung nicht zulassen, und in der Richtung der Sicherstellung dieser Attributionen muß die Bemühung in Genf verlaufen.

Die Bestrebung Danzigs hat ihr sehr deutliches politisches Ziel: Es besteht darin, das Verhältnis zwischen Polen und der Freistadt im Zustande ständiger Gärung zu erhalten und den Eindruck zu erwecken, daß Danzig für Polen keinen Nutzen darstellt, (!) sondern nur die Quelle unaufhörlicher Sorgen und sogar Gefahren ist. Die Welt soll zu der Überzeugung gelangen, daß der polnische Zugang zum

Meere in Danzig ein Hindernis ist für die Pazifizierung in diesem Teile des Kontingents. Die Streitsucht des Danziger Senats ist also organisch verknüpft mit Versuchen der Galvanisierung der Angelegenheit des Korridors und dient diesem Ziel allein. Die Diskussion der europäischen Presse über den Sicherheitspakt und die Hinzuziehung Polens zu solchem Vertrage bildet den Hintergrund, auf dem sich jene Arbeit gerade in diesem Augenblick mit verdoppelter Deutlichkeit abhebt. Im Grunde genommen verbindet das wirtschaftliche Interesse Danzigs dieses so eng mit Polen, daß jene Gefahr des polnischen Zugangs zum Meere eine völlige Fiktion ist, die alltäglich aufs neue pour les roi de prusses geschaffen wird.

Unsere Antwort auf diese Arbeit muß denn auch völlige Ruhe sein, die eine energische Beobachtung der Rechte Polens an der Mündung der Weichsel durchaus nicht ausschließt, aber sich durch keinerlei von dort ausgehenden Provokation erschüttern läßt. Wer bei uns bei der gegenwärtigen internationalen Lage in den Machenschaften des Danzigers Senats eine objektive Gefahr für Polen sieht, der bläst unwillkürlich in das deutsche Horn. Die Intention der Hervorrufung solcher Gefahr ist bei der Senatsbeweglichkeit zweifellos — aber bei ihrer verständigen Behandlung unsererseits sind dies, wie ein deutscher Rechtsausdruck lautet, „Versuche mit untauglichen Mitteln".

*

Die Bemerkungen, die der „Kurjer Polski" hier macht, werden auf den Völkerbundrat wahrscheinlich keinen sehr erschütternden Eindruck machen, denn hier zeigen sich Dinge, die doch wesentlich anders liegen. Die Gerechtigkeit erfordert es zu sagen, daß sich Danzig in allen Konfliktsfällen immer sehr würdig und ruhig benommen hat, daß seine Bevölkerung nie aus dem Häuschen geriet, was man hier nicht ohne weiteres sagen kann, wie der „Kurjer Polski" zu sagen sich bemüht. Man denke nur an die Rede des Herrn Thugutt, an die schönen Worte des „Kurjer Poranny" und sämtlicher Warschauer Blätter, und man vergesse auch nicht die schroffen Worte gegen England, die der „Kurjer Poznański" in seinem Zorn gesprochen hat. Wenn man heute zur Ruhe mahnt, so ist das ein verständliches Beginnen, wir fürchten jedoch daß diese Mahnung nicht viel fruchten wird. Das neueste Beispiel der schönsten Kraftausbrüche sehen wir gerade in diesen Tagen, wo Ruhe und Überlegung das Beste und das Einzigste wäre, was ein kühler, geschäftlich denkender Politiker überhaupt tun könnte.

Republik Polen.

Kritik in den deutsch-polnischen Verhandlungen?

Die „Pat." meldet aus Berlin: Die „Tel.-Union" berichtet: „Hiesige politische Kreise beurteilen die Aussichten der Handelsvertragsverhandlungen sehr pessimistisch. Schon vorher hat Polen alles getan, um die Atmosphäre, in der die Verhandlungen geführt werden sollten, zu trüben. Der gegenwärtige Pressefeldzug gegen die Deutschen in Sachen des Garantiepaktes übertrifft alle bisherigen Schritte in dieser Richtung. Sogar in Kreisen, die die Handelsvertragsverhandlungen bisher unterstützten, überlegt man ernstlich, ob nicht die deutsche Regierung Kritik verdient, wenn sie sich zu Verhandlungen mit Leuten an den Tisch setzt, die zumindest durch Tolerieren zu diesen Angriffen auf die Deutschen ermuntern.

Das ist ein einzigartiger Fall in der Geschichte der Diplomatie, wenn im Augenblick von Verhandlungen eine ganze Pressemeute gegen die Partner losgelassen wird. Wenn die Atmosphäre zwischen beiden Ländern sich weiterhin auf die Sicherheitsfrage verengen wird, dann kann das natürlich auf die allgemeinen Beziehungen zwischen beiden Ländern und auch auf die im Gange befindlichen Handelsvertragsverhandlungen einwirken."

In deutschen Regierungskreisen wird im Zusammenhang mit obiger Notiz erklärt, daß die „Tel.-Union" als Organ der Deutschnationalen Partei keinesfalls die Meinung der deutschen Regierung ausdrückt, auch nicht der ihr nahestehenden Kreise.

Die Beratungen über das Konkordat.

In der gemeinsamen Sitzung der Auslandskommission und der Kommission der Verfassungsfragen wurden die Konkordatsberatungen fortgesetzt. Der Regierungsdelegierte Stanisław Grabski erklärte: In Kleinpolen werden von Kirchen und Klostergütern für die Agrarreform ungefähr 50 000 Hektar, im ehemals preußischen Teilgebiet ungefähr 30 000 Hektar bestimmt werden. Ungefähr 10 000 Hektar wird man aus kleineren Propsteien, die weniger als 50 000 Hektar zählen, für Zwecke der Agrarreform bestimmen können, im ganzen also 90 000 Hektar. Im ehemals russischen Teilgebiet wird man nur die Bistümer und Seminare ausstatten können, die bisher kein Land besaßen, was ungefähr 4600 Hektar betragen wird. Der Unterstaatssekretär Studziński gab eine Aufklärung dahin, daß infolge beschleunigter Übersetzung des französischen Textes des Konkordates sich Unrichtigkeiten eingeschlichen hätten. Die polnische Übersetzung wird noch einmal genau geprüft werden. Der Abg. Błądzejewicz von den Christlich-Nationalen sagte, daß der Staat auf Grund des Konkordats mehr erhalte, als die Kirche. Seine Partei werde für das Konkordat stimmen, und bringe folgende Entschließung ein:

1. Der Sejm fordert die Regierung auf, im Verlaufe von 3 Monaten einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, nach dem auf geistliche Emeriten die Grundsätze des Emeriturgesetzes vom 11. Dezember 1923 angewandt würden.

2. Angesichts des ausdrücklichen Wortlauts des vorletzten Abschnitts des Anhangs a) zum Konkordat fordert der Sejm die Regierung auf, so schnell wie möglich an die Ausarbeitung entsprechender Gesetze heranzutreten, die eine ergiebige Erhöhung der Geistlichengehälter zum Zwecke haben soll.

3. Der Sejm fordert die Regierung auf, einen Entwurf auszuarbeiten, die Organisten, Küster und Kirchenfunktionäre aus Vorräten von geistlichen Ländereien mit Land zu versorgen, die jetzt im Besitz der Regierung und zur Parzellierung bestimmt sind, sowie solcher, die in Zukunft für diesen Zweck übernommen werden. Im Falle des Landmangels bestimmt die Regierung einen entsprechenden Geldgegenwert.

Abg. Putek von der Wyzwolenie-Gruppe erklärte, daß der Wortlaut des Konkordats seiner Partei die Annahme unmöglich mache. Die weiteren Beratungen wurden auf Freitag vertagt.

Versammlung aller Parteien.

Auf Betreiben des Nationalen Volksverbandes soll in den nächsten Tagen in Warschau eine Beratung aller polnischen Parteien über die letzten deutschen Garantievorschläge stattfinden.

Litauen protestiert.

Die „Rytas" meldet, daß die litauische Regierung eine energische Note an den Vatikan mit einem Protest gegen das mit Polen abgeschlossene Konkordat ausgearbeitet habe. Die „Rytas" stellt in einem Leitartikel fest, daß das Konkordat mit Polen eine Beleidigung für Litauen sei und die katholische Kirche dem entscheidenden Einfluß politischer Interessen übergebe.

Schiffsweihe in Gdingen.

Wie die Polnische Telegraphenagentur aus Gdingen meldet, hat der Direktor des Handelsmarine-Departements, Chrzanowski, die Arbeiten am Hafenbau und das neue Bugsierschiff „Ursus", das für den Hafen von Gdingen bestimmt ist, visitiert. Der Ortspropst vollzog die Einweihung des neuen Schiffes. Nach Abhaltung einer Probefahrt wandte sich Direktor Chrzanowski an die Offiziere und die Mannschaft und forderte zu gewissenhafter Arbeit auf.

Ist Kriegspropaganda das wahre Ziel?

Die Front gegen Deutschland.

Im „Czas", der in Krakau erscheint, findet sich folgender Leitartikel:

„Die alliierte Kontrollkommission hat ihren Bericht über die deutschen Rüstungen und Verfehlungen noch nicht veröffentlicht. Es werden nämlich Verhandlungen gepflogen zwischen England und Frankreich darüber, was man veröffentlichen kann und was in den Geheimakten verbleiben muß. Aber aus dem, was schon bekannt ist, geht hervor, daß Deutschland einen fertigen Stab für das ganze Heer hat, geschulte Regimenter und Reserven, Waffen- und Munitionsmagazine, vortreffliche chemische Fabriken besitzt, die jeden Augenblick für Kriegsziele umgewandelt werden können. (Huh!) Es braucht nur einige Monate der Freiheit, um von Kopf bis zu Fuß gepanzert dazustehen und loszuschlagen, wenn nicht auf die Westfront, dann nach Osten. Das Losschlagen auf die Westfront ist so lange wenig wahrscheinlich, als England, Frankreich und Belgien fest am Rhein stehen — aber sie denken auch noch nicht daran, auf den Westen loszuschlagen. Sie denken ausdrücklich an einen Krieg an ihrer Ostgrenze. (!) Bevor sie aber auf uns werden losschlagen können, bereiten sie einstweilen das diplomatische Terrain vor, indem sie versuchen, uns nicht nur von England, sondern auch von Frankreich abzuschneiden (das Angebot des Garantiepaktes).

Das ist im Augenblick die deutsch-polnische Lage, die von uns in einigen der letzten Leitartikel charakterisiert wurde. Wir haben es deutlich mit einer vorläufig diplomatischen, aber in nuce militärischen Offensive (!) zu tun. Was kann Polen beginnen, um sich gegen diese Offensive zu wehren?

Unser Außenminister weilt in Paris. Er ist dort hingefahren, um angesichts des Zusammentreffens Herriots mit Chamberlain, über allen Zweifel erhaben, die Stellung Polens in Sachen der deutschen Vorschläge zu betonen und deren tatsächliche Unterlage, sowie weiteren Konsequenzen zu vergegenwärtigen. Mit dem Eifer und der Energie, die ihn kennzeichnen, hat er in Paris die schwierige, aber keineswegs hoffnungslose Abwehr des deutschen Angriffs unternommen. Man muß die Hoffnung haben, daß jedenfalls, was Frankreich betrifft, die Sache Erfolg haben wird, und wahrscheinlich auch gegenüber England.

Minister Skrzyński hat bei diesen Verhandlungen eine starke Position, eine stärkere, als sie jemals ein Minister in Polen zuvor besaß. Er besitzt im Westen den Ruf eines entschiedenen und warmen Pazifisten, — jetzt sammelt er auch erst die Früchte seiner geschickten Taktik in der Genfer Versammlung. Er wird gewiß Glauben finden, wenn er jetzt die Angelegenheit der Pazifizierung der Welt angesichts der deutschen Ansprüche, die zum Kriege führen, verteidigen wird.

Zugleich hat unser Sejm in seiner großen Mehrheit (sogar die jüdischen Parteien) eine Kundgebung zur Unterstützung des Standpunktes der polnischen Regierung organisiert. Wir kennen diesen Sejmbeschluß und die Antwort des Herrn Ministerpräsidenten, der im Einklang mit dem Willen der ganzen Nation die deutschen Ansprüche in der Sache der Anzweiflung der polnischen Westgrenze zurückweist. Diese Kundgebung dürfte im Auslande einen starken Eindruck machen und dem englischen Volke viel zu denken geben.

Im Zusammenhang mit dieser polnischen Defensive muß an die wichtigen Beschlüsse der Sejmkommission für militärische Angelegenheiten erinnert werden, die jetzt gefaßt wurden. Die Beratungen dieser Kommission über den Gesetzentwurf von der Organisation der obersten Verteidigungsbehörden des Staates, die träge, allzu lange und zeitweise obstruktiv geführt wurden, haben sich, als wenn ihnen irgend ein aufregendes Mittel eingeflößt worden wäre, belebt und beschleunigt. Dieses aufregende Mittel sind natürlich die deutschen Vorschläge. Es muß der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß angesichts des Ernstes der Lage der Entwurf durch die Kommission und den Sejm schnell hindurchkommt und Polen in kurzer Zeit seine höchsten militärischen und zivilen Behörden wird organisieren können, wie es seine Verteidigung erfordert. Der Entwurf ist sehr gut aufgesetzt, im Einvernehmen mit Frankreich, und es handelt sich nur darum, daß ihn der Sejm nicht mit seinen Verbesserungen verdirbt, und daß der Kampf um die Rechte des obersten Armeeinspektors, der bisher hauptsächlich von der Wyzwolenie geführt wird, das so erforderliche Werk nicht verspätet.

Aber jetzt das Wichtigste! Polen ist — niemand verbirgt es — militärisch weit schwächer als Deutschland. (!) Es besitzt erstklassiges militärisches Menschenmaterial, aber es hat weder einen so vortrefflichen Stab, noch Waffenfabriken oder moderne Mittel: Flugzeuge, Unterseeboote, Gase. Seine Vorbereitung zur Verteidigung steht nicht auf der Höhe, auf der sie mit Rücksicht auf unsere geographische Lage zwischen Rußland und Deutschland stehen müßte. Wir besitzen eine vortreffliche Organisationskraft auf dem Posten des Kriegsministers, General Sikorski, dem sogar politische Gegner aus der Zeit, wo er Ministerpräsident war, Vertrauen schenken. Dieser Minister verteidigte kürzlich in der Kommission das Heeresbudget, indem er nach ihm keine 110 Millionen Złoty für die notwendigste Ausgestaltung unseres Heeres erhält. Die Sache wurde in der Kommission nicht entschieden, weil der Standpunkt der Regierung selbst unklar war. Der Finanzminister soll sich einverstanden erklären, das Heeresbudget um 70 Millionen zu erhöhen, aber für die 40 Millionen hat er vorläufig keine Deckung; darum weist er den Kriegsminister an den Sejm.

Nun, diese Deckung muß sich im Sejm finden. Ob durch die Beschneidung anderer Ausgaben oder auf dem Wege der Staatseinkünfte, — aber sie muß sich finden. Die 27 Millionen der Bevölkerung des polnischen Staates müssen noch diese verhältnismäßig geringe Summe aus sich herausbringen. (sic!) Das mag schwer sein, aber es muß geschehen. Die Initiative muß die Regierung ergreifen und die Mittel dafür bedenken, diese Summe zu finden. Der Druck der öffentlichen Meinung müßte so stark sein, daß dieses Muß von allen Faktoren in der Regierung verstanden und die Angelegenheit der Staatsverteidigung, die jetzt an die erste Stelle rückt, nicht nur von einem Ministerium (wenn schon von zwei Ministerien, denn auch der Außenminister wird seines Faches wegen die Sache gewiß unterstützen), sondern von der ganzen Regierung solidarisch unterstützt wird.

Unsere Lage ist angesichts der deutschen Angriffsaktion im allgemeinen günstig: nicht wir greifen an, sondern wir werden angegriffen. Wir haben in Frankreich — wie es scheint — einen unerschütterten Verbündeten. Denn selbst wenn wir auf die gegenwärtige Regierung nicht wie auf Gold rechneten, so können wir auf den heutigen französischen Generalstab rechnen, der die Gefahr der deutschen Vorschläge sehr wohl begreift. Zwischen dem polnischen und dem französischen Stab besteht ein dauernder Gedankenaustausch und wer die Kulissenvorgänge kennt, der weiß, daß er zur Stunde größer ist als je zuvor. Im englischen Kabinett schwanken die Stimmungen. Nicht alle sind dort dem hypnotisierenden Einfluß der Klapperschlange an der Spree erlegen. Wir haben mit Frankreich in der englischen Regierung Freunde, die die Triftigkeit der Äußerung des Ministers Skrzyński einsehen, nach dem die erste Sicherheitswehr Englands an der Weichsel steht. Aber weder andere noch Gott werden dem helfen, der sich nicht selber hilft. Jetzt schlägt die Stunde, in der wir beweisen können, daß wir fertig sind, uns selbst dabei zu helfen, die Abwehrbereitschaft aufzubauen. Diese Stunde dürfen wir nicht gleichgültig verschlafen."

*

Wenn man diesen Artikel oberflächlich liest, so wird man von dieser Brandrede zunächst einmal in ein Erstaunen versetzt, wie es seit langem nicht mehr der Fall gewesen ist. Wenn man aber weiterhin die schönen „Beweise" erfährt, wie stark und mächtig an Heer und Marine das deutsche Volk ist, und wie entwaffnet und arm Polen auf der Wacht im Osten steht, da faßt uns ein großes Mitleid mit diesem armen Lande, das so ganz und gar schutzlos den Kreuzrittern und den Bolschewiken preisgegeben ist. Aber es wirft ein bezeichnendes Licht auf die ganze geistige Einstellung, daß man sich selber für schwach und hilflos hält. Freilich, der stärkste Mann kann von einer giftigen Fliege getötet werden, und es steht noch nicht fest, wer von den beiden so auf dem „Kriegsfuß stehenden" Staaten der starke Mann und wer die Fliege ist. Wir wollen das auch gar nicht entscheiden.

Sehr lehrreich sind die Anführungen des Berichtes der Kontrollkommission über das noch gar nicht entwaffnete Deutschland, das so prächtige Waffenfabriken, wunderschöne Gaswerke und entzückende kriegsfreudige Menschenkinder hat. Daneben aber, was die Hauptsache ist, auch den großartigen Generalstab . . . Es ist wirklich sehr verwunderlich, daß dieses starke, mächtige, kriegsbereite Deutschland sich nicht schon längst auf das unbewaffnete Polen gestürzt und einen Einfall unternommen hat, wie die Franzosen an der Ruhr es machten. Es ist auch sehr, sehr verwunderlich, daß man bis heute, trotz des kriegsstarken Deutschland, es noch immer nicht fertig gekriegt hat, die Franzosen von der Ruhr zu vertreiben, und daß man es überhaupt zugelassen hat, daß die Franzosen an der Ruhr eingezogen sind. Merkwürdig, höchst merkwürdig!

Es ist auch ein schönes Armutszeugnis für die in Deutschland weilende französische Kontrollkommission, die in einem fort in einem Untersuchen ist, keine Gasröhre unbeschnüffelt läßt, weil sie evtl. zur Kanone umgearbeitet werden könnte, und die auch die Latrinen nicht verschmäht und in den Abflußrohren der Ausgüsse große Minenwerfer sieht. Es ist ein schönes Zeugnis für diese mit allen Schikanen arbeitende Kommission, wenn man ihr heute nachsagt: „Liebe Kinder, Ihr seid vollkommen blind, Ihr habt gar nichts gesehen; alles strotzt ja in Deutschland von Waffen, und es braucht nur eines kleinen Lüftleins, um einen Feuerbrand zu entzünden, der einen Schmorbraten abgibt, daß man ihn bis nach dem Mars hinauf riechen kann."

Wahrhaftig, wenn sich einer einbildet, daß er eine Kegelkugel sei, so wird er sich bald auf der Erde herumkugeln. Und wenn noch die Angsthypnose dazu kommt, so wird man bald den Nachtwächter von Bentschen für eine einziehende deutsche Armee mit Minenwerfern und Gasfabriken halten. Es ist geradezu lächerlich, wenn man die Möglichkeiten zu Ende denkt, die sich, rein nüchtern betrachtet, ergeben, und es ist ein Jammer, wenn man sich die Gehirne vorstellt, die solche hysterischen Angstzustände auch wirklich glauben.

Die Kehrseite der Medaille ist aber anders. Welche Blöße gibt man sich und der polnischen Armee, wenn man offiziell in aller Öffentlichkeit feststellt, daß das Heer gar nicht auf der Höhe ist, daß es keine Waffen besitzt und keine Ausrüstung, um kriegsbereit zu sein. Welche Blöße und welche Geringschätzung des polnischen Generalstabs, den man als vollkommen unfähig hinzustellen sucht. Mit solchen Darstellungen zeigt man der Welt eine Schwäche, die man mindestens aus dem Grunde nicht zeigen sollte, weil sie keinen Erfolg bringt, eher ein Achselzucken auslöst. Sonst wird doch immer behauptet, daß Polen die Wacht im Osten sei und Europa vor der bolschewistischen Flut schütze. Um das zu tun, muß man stark sein, sich zumindest stark fühlen. Gesteht man Schwäche ein, wer soll dann noch an den „Wall im Osten" glauben?

Und dann die Geldforderungen. Es muß einfach Geld da sein; woher es kommt, das ist ganz schnuppe, es muß einfach beschafft werden, und sei es auch noch so schwer. Es ist wirklich traurig, daß man sich über die Folgen, die eine solche Propaganda haben kann, gar nicht klar zu werden scheint. Es ist tief bedauerlich, daß man immer noch im Krieg die höchste Volkkraft und die beste Entwicklung des Volkslebens sieht. Ist die Lehre noch nicht in das breite Volksbewußtsein gedrungen, daß ein Krieg, ob er einen Sieg oder eine Niederlage zur Folge hat, durchaus keine Errungenschaft, sondern einen Niedergang bedeutet? Aber die größere Gefahr ist die Tatsache, daß man bei uns sogar auf einen Präventivkrieg hinarbeitet, indem man sagt, ein Krieg wird wahrscheinlich sowieso kommen, darum ist es besser, sofort damit anzufangen und „reinen Tisch" zu machen. Die Gefahren des Präventivkrieges, der doch ein reines Vabanquespiel darstellt, hat ein Bismarck erkannt, und er hat sich für eine solche Phantasterei nie erwärmen können. Bei einem Kriege ist immer die Möglichkeit, zu verlieren, größer als die Möglichkeit, zu gewinnen. Und selbst dieser „Gewinn" ist noch ein recht fragliches und ungewisses Geschäft. Unseres Erachtens sollte man bei uns in Polen, in dem Lande, von dem der Außenminister Skrzyński andauernd sagt, daß Polen eine friedliche Entwicklung anstrebe, mehr für die Friedensideen Propaganda machen anstatt mit dem Feuer zu spielen. Polens Aufgaben liegen lediglich auf friedlichem Wege, Polens Ziel muß eine friedliche Propaganda sein. Die Volksseele verlangt selbst auch nach Ruhe und Frieden, und man soll nicht die Geister wecken, die man dann schwer wieder los werden kann. In dieser Beziehung scheint uns die ganze Art, mit dem Schwerte zu drohen, im Interesse des Landes durchaus verfehlt. Deutschland hat keinerlei Absichten, das Schwert zu ergreifen, weil es auch gar kein Schwert besitzt, und dann, weil der ganze Kraftaufwand wirtschaftlichen Zielen zugewendet bleibt. Hier sollte auch Polens Ehrgeiz einsetzen. Nicht die ruhmvollen Taten einer Armee entscheiden in dieser Zeit die Weltgeschicke, sondern die ausdauernde und energische Kraftanspannung zur Arbeit macht das Wohlleben aus. Wir glauben nicht, daß Polen sich heute einen Krieg leisten kann. Auf alle Fälle ist eine leere Wortmacherei nicht danach angetan, das Vertrauen des Auslandes zu erringen.

In diesem Sinne sind auch die Worte des „Czas", der sich sonst so würdig zu benehmen weiß, durchaus am falschen Platze. Mit den Gedanken zu operieren, daß man in die Trompetenrufe einstimmen müsse, weil das andere Blätter auch so machen, kann man heute die Weltmeinung, mit der Polen unbedingt rechnen muß, nicht mobilisieren. Es gibt größere Dinge als einen Krieg um eine Angelegenheit, die heute noch gar nicht einmal näher beleuchtet worden ist. Sofort in den allerschwärzesten Farben dick auftragen, gehört sonst nicht in die Aufgaben der Politik. Aber daß das bei uns in Polen möglich ist, liegt daran, daß man bei uns die Volksmeinung in engsten Grenzen zu erziehen versucht, daß man ihnen die Welt als einen Heimgarten darstellt, in dem Warschau vielleicht der Hauptbefehlshaber ist. Wir sollten die Welt global betrachten lernen und zeigen, daß im Zeitalter der Gemeinsamkeit auch das Gemeinsame, das Einende zu beachten ist und nicht das, was die Kluft aufreißt, verbreitert und vertieft.

Vor allem aber sollte man nicht gegen die Vernunft sündigen. Wir vertrauen dem kühlen Sinn der polnischen Staatsmänner, die einsehen, daß eine solche Propaganda verderblich ist, und wir glauben daran, daß Herr Skrzyński in Genf nicht gleich mit Kanonen drohen wird, wenn in Polen die Kriegsmelodie die Spatzen von den Dächern pfeifen . . .

Die rumänische Armee.

(Eigenbericht des „Posener Tageblattes".)

zek. **Bukarest, 6. März.**

In dem großen rumänischen Blatt „Dimineata" ist in der militärischen Beilage ein Artikel Konstantin Bacalbasas erschienen, der sich mit der moralischen und geistigen Verfassung des rumänischen Heeres befaßt. Da Rumänien in Westeuropa sich gerne als das militärische Bollwerk gegen den östlichen Bolschewismus aufspielt, ist das rumänische Urteil nicht ohne Interesse, damit man weiß, was die westliche Kultur von diesem militärischen Schutz im Ernstfalle zu erwarten hat. Es heißt da: „Wohin sind wir bis heute gesunken? Was ist aus unserer Armee geworden? Die Kaders! Das Heer ist momentan nicht schlagfertig, es ist sogar verstümmelt, da die Soldaten mehr auf Urlaub sind, als Dienst machen. Die Ausrüstung? Die gereicht uns vollends zur Schande. Unsere Armee ist geradezu kleiderlos. Täglich trifft man auf der Straße Soldaten aller Grade, die in Fetzen umherlaufen. Die Uniformdepots sind leer. Nicht einmal eine Reservegarnitur gibt es heute für jeden Mann. Die Bewaffnung! Die ist gänzlich ungenügend. Die häufigen Explosionen in den Munitionsdepots haben trotz aller Dementis einen Zustand herbeigeführt, wo das Heer keine genügende Reservemunition besitzt und selbst die im Dienstreglement vorgesehene Minimaldotation nicht für jedes Gewehr beigestellt werden kann. Von der Nahrung gar nicht zu sprechen. Denn unsere Soldaten bekommen buchstäblich nichts zu essen. Von den Militärschulen angefangen über die Kasernen bis zum letzten Heeresdepot bedeutet die vorschriftsmäßige Tagesration nicht viel mehr als ein Magen am Hungertuch. Die Regierung kümmert sich bei den hierfür ausgesetzten budgetären Posten nicht um die fortschreitende Teuerung und läßt die Soldaten verkommen. Was nun die Moral und die geistige Verfassung des Heeres anbelangt, so werden sie täglich verzweifelter. Die bei den Beförderungen vorkommenden groben Ungerechtigkeiten, die Mißachtung ehrender Verdienste und die Verletzung erworbener Rechte, ungenügende Besoldung, die Schwierigkeiten und die Mißhelligkeiten einer ungewissen Karriere bewegen täglich mehr und mehr verdienstvolle und tüchtige Offiziere dazu, den Heeresdienst zu verlassen, während das Menschenmaterial in den Offiziersschulen, sowohl was die Tauglichkeit als den gesellschaftlichen Stand anbelangt, immer mehr nachläßt." Der Bericht schließt mit dem Kassandraruf. „In unserer Nachbarschaft gibt es Länder, denen internationale Verpflichtungen das Recht zum Halten einer schlagfertigen Armee verweigern und doch bemühen sie sich, eine Armee zu besitzen. Wir haben das Recht dazu und haben doch keine. Vom Gesichtspunkte der militärischen Erziehung der Truppe und der Führer aber stehen wir vor dem Bankerott. Nicht nur die Effektivbestände, auch die Kaders bedeuten bei uns in Rumänien nur Phantasiegebilde."

Dieser Artikel, der kein Kommentar benötigt, erfährt eine lehrreiche Ergänzung durch die Broschüre eines Majors namens Alexander Bertea, welche unter dem Titel „Das Panama des Bukarester Ergänzungsbezirkskommandos" erschienen ist. Daraus konnte man erfahren, daß die Bevölkerung eines ganzen Verwaltungsbezirkes, der dem Bukarester Ergänzungsbezirkskommando unterstellt war, seit Abschluß des Krieges unter den gemeinsten und verworfensten Erpressungen amtlicher Organe, aktiver Offiziere stöhnte. Die gesamte ländliche Bevölkerung wurde von diesen Offizieren systematisch ausgebeutet und unter allen möglichen Titeln zugunsten der privaten Taschen besteuert. Und dies alles hat sich in einem organisierten Staate zugetragen, in einem Staate, der sich rühmt, eine unabhängige Presse zu besitzen, in der Hauptstadt dieses Staates unter den Augen der höchsten militärischen Autoritäten. Eine offizielle Bande hat ohne Scheu und Hemmung ihr Unwesen getrieben, ohne daß die Öffentlichkeit auch nur das geringste davon erfahren hat.

Jedenfalls werfen diese rumänischen Quellen ein eigentümliches Licht auf diese ruhmreiche Armee, welcher der Schutz der europäischen Kultur gegen die Bedrohung aus dem Osten anvertraut ist.

Häßliche Szenen im deutschen Reichstag.

Die Kosten der Beisetzung Eberts.

Gelegentlich der Abstimmung über den Vorschlag, die Kosten für die Beisetzung Eberts auf das Reich zu überschreiben, kam es zu folgenden scharfen Auseinandersetzungen, die das Verhalten der extremen Parteien in ein bezeichnendes Licht setzen.

Remmele (Komm.): Die Kosten, die durch das Ableben des Reichspräsidenten entstanden sind, mögen die tragen, in deren Interesse Ebert sein Amt als Diktator verwaltet hat. Sein Regiment bedeutet sechs Jahre Ausnahmegesetz gegen das Proletariat, sechs Jahre Arbeitermord, sechs Jahre Bürgerkrieg, sechs Jahre Spitzelzucht. (Andauernde große Unruhe im ganzen Hause, stürmische Zurufe: Moskau! bei den Sozialdemokraten.) Ebert hat die Bourgeoisie vor der deutschen Revolution retten sollen und gerettet. (Präsident Löbe fragt den Redner, ob er diese Ausführungen gegen den verstorbenen Reichspräsidenten richtet, und ruft ihn auf seine Bejahung zur Ordnung. Scholem (Komm.) wird vom Präsidenten aufgefordert, sich auf seinen Platz zu setzen, leistet aber erst der zweiten Aufforderung Folge.) Hat Herr Crispien über Ebert und seine Leistung als Reichspräsident nicht vor einigen Jahren ganz dasselbe Urteil gefällt? Ich begreife ja, daß Ihnen (zu den Sozialdemokraten) diese Erinnerung an die Wiederaufrichtung der Konterrevolution, das Werk der Ebert und Scheidemann, jetzt sehr unangenehm ist. (Die Sozialdemokraten verlassen zum größten Teil den Saal.) Der Redner verliest Äußerungen des Abgeordneten Crispien aus der „Freiheit". (Präsident Löbe macht ihn unter stürmischem Protest der Kommunisten darauf aufmerksam, daß er aus den betreffenden Artikeln und Protokollen den Verstorbenen beleidigende Äußerungen nicht wiederholen dürfe.) Ebert war eine Marionette der Bourgeoisie. Er hat seine Präsidentschaft zum ersten Male aus den Händen des Prinzen Max von Baden und 1922 die Fortsetzung seines Amtes aus den Händen des Herrn Stinnes entgegengenommen. (Es entsteht ein minutenlanger wilder Tumult mit heftigem Wortwechsel zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, den der Präsident Löbe nur mit vieler Mühe beschwichtigen kann.) Wer auch Eberts Nachfolger werden wird, wird es nicht gut bei uns haben. (Präsident Löbe macht den Redner darauf aufmerksam, daß er ihm weiten Spielraum gelassen habe, daß aber diese Ausführungen nicht zur Frage der Bestattungskosten gehören.) Ich spreche über das System. (Präsident Löbe: Das System gehört nicht zur Sache.) Ein sozialdemokratischer Präsident kommt nicht mehr in Frage. Die Partei scheint sich damit abzufinden und macht nur noch Scheinmanöver. (Präsident Löbe ruft den Redner zum zweiten Male zur Sache und macht ihn auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen eines solchen dritten Rufes aufmerksam.) Der Redner schließt: Wir aber werden die Sieger sein. (Lebhafter Beifall bei den Kommunisten, Gelächter im ganzen übrigen Hause.)

Präsident Löbe: Gegenüber mancherlei Fragen betone ich, daß mir formell die Möglichkeit, gegen diese Ausführungen einzuschreiten, nicht gegeben ist. Den Toten setzen sie nicht herab. (Lebhafter Beifall.)

Fehrenbach (Zentr.): Was wir soeben gehört haben, verdient nicht, durch einen Protest zurückgewiesen werden. (Ruf bei den Kommunisten: Amen!) Ich habe von dieser Stelle aus das Andenken eines Verstorbenen (großer Lärm bei den Kommunisten, andauernde stürmische Unruhe im ganzen Hause), eines Toten... (Neu einsetzender Lärm der Kommunisten, der die nächsten Worte des Redners übertönt. Die Abgeordnete Frau Golke (Komm.) ruft: Heuchelei! Sie wird dafür zur Ordnung gerufen.) Wenn der Tote in dieser Weise heruntergerissen worden ist, so habe ich, der ein Jahrzehnt lang mit ihm zusammengearbeitet hat und der nicht zu derselben Partei gehört, das Bedürfnis, für den Verstorbenen ein Wort zu sprechen. Wir müssen die politische Tätigkeit unseres verstorbenen Reichspräsidenten in der schwersten Zeit anerkennen. (Neuer großer Lärm.) Und wenn schon nach zwei Monaten nach Beendigung des Krieges das Deutsche Reich nicht dem Chaos anheimfiel (Rufe bei den Kommunisten: Ah!), sondern in der Lage war, die Verfassung durch die deutsche Nationalversammlung zu geben, so gehört das mit zu den Verdiensten des Verstorbenen. Alle anständigen Elemente des Volkes erkennen das an. (Stürmischer Beifall im ganzen Hause, entrüsteter Widerspruch bei den Kommunisten. Die nächsten Worte des Redners sind wiederum in dem Lärm nicht zu verstehen. Man hört von den Bänken der Sozialdemokraten Pfuirufe gegen die Kommunisten. Aus der Mitte des Hauses erschallt der Ruf: Pfui Deibel!) Die ganze Welt erkennt das an. (Stürmischer Beifall.) Das deutsche Volk hat sein Zeugnis dafür abgelegt, daß ein würdigerer und verdienterer Präsident nicht denkbar ist. Das sind wir dem Andenken des Reichspräsidenten schuldig. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Graf Reventlow (Nat.-Soz.): Die Bestattung auf Reichskosten setzt die Einigkeit über die überragenden Verdienste des Verstorbenen voraus. Diese Voraussetzung liegt hier nicht vor. Auch fehlt es dafür an der Einigkeit im Volke. Auch im Reichstage käme vielleicht nur eine verschwindende Mehrheit heraus, wenn die Deutschnationalen in der Regierung nicht vertreten wären. (Hört, hört!) Wir halten das Vorgehen der Regierung für demoralisierend und im Grunde unwahrhaftig. (Große Unruhe.) Es handelt sich hier schließlich um eine rein politische Frage. Wir lehnen die Vorlage ab. Die Sozialdemokraten werden hoffentlich zu ihr die gleiche Stellung einnehmen wie zur Frage der Ruhrkredite. (Lachen links. Ruf: Idiot! Ordnungsruf.) Auch im Sinne des Verstorbenen dürfte ein so unwürdiger Byzantinismus nicht gelegen haben.

Die Vorlage wird darauf in zweiter Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen.

Englische Pressestimmen zum Tode des Reichspräsidenten.

„The Manchester Guardian" (Nr. 24 501) das große liberale Organ, widmet der Persönlichkeit Eberts herzliche Worte und äußert sich nicht allzu pessimistisch über die politische Bedeutung dieses Todesfalles:

„Der Tod des Schneidersohnes und Sattlergesellen, der der erste Präsident des Deutschen Reiches war, löst einen Kampf aus, der sonst erst nach einem Vierteljahr seinen Anfang genommen hätte. Es wäre jedoch möglich gewesen, daß Präsident Ebert im Juni wiedergewählt worden wäre, und so die durch sein Abtreten aufgeworfenen Fragen in der Schwebe geblieben wären. Jetzt indessen ist Präsident Ebert, nachdem er seinem Lande während einer der kritischsten Perioden seiner Geschichte mit bemerkenswerter Umsicht und großem Mut gedient hat, einer plötzlichen Krankheit zum Opfer gefallen, und Deutschland sieht sich zu einer Zeit, wo es bei einer schwachen Regierung mit reaktionärem Einschlag starke und umsichtige Männer, die eine gemäßigte Politik vertreten, besonders nötig hat, einer neuen Schwierigkeit gegenüber. Es hat ein neues Staatsoberhaupt zu wählen, und diese Wahl ist von großer Bedeutung, denn der neue Präsident bleibt sieben Jahre im Amte, und die Grenzen seiner ziemlich beträchtlichen Machtbefugnisse sind noch nicht genau bestimmt. Der deutsche Präsident hat nicht die unabhängige Stellung wie der amerikanische, aber die Verfassung wollte ihm doch eine tätigere Rolle zuweisen, als sie der französische Präsident spielt, und ließ ihm einen weiten Spielraum, in natio- nationaler Krisen seinen Einfluß geltend zu machen.

So hängt von der Persönlichkeit des Nachfolgers des Herrn Ebert ziemlich viel ab. Es ist wenig zweifelhaft, daß die Monarchisten alle Kräfte anstrengen werden, den Weg für eine Restauration zu pflastern; aber man braucht deshalb noch nicht anzunehmen, daß sie mit ihren Bemühungen Erfolg haben werden.

Da die nächst Zukunft für Deutschland wahrscheinlich ebenso kritisch sein wird wie die Zeit, in der Herr Ebert Präsident war, kann Deutschland es sich nicht leisten, einen weniger fähigen Präsidenten zu wählen, als Herr Ebert, um den es jetzt trauert."

*

„The Times" (Nr. 43 899) sprechen mit warmer Anerkennung von dem Verstorbenen:

„Der plötzliche Tod des Präsidenten Ebert ist ein Schlag für das deutsche Volk, der in der ganzen Welt viel Mitgefühl erwecken wird. Herr Luther hatte recht, wenn er in dem rasch zusammenberufenen Ministerrat aussprach, daß nicht nur das deutsche Volk, sondern auch die Bevölkerung aller Länder die nationale Bedeutung dieses Verlustes empfinden würden. Es wird überall, selbst dort, wo man der deutschen Politik noch argwöhnisch und feindselig gegenüber steht, offen zugegeben, daß der Verstorbene seinem Lande gute Dienste geleistet hat. Deutschland konnte von Glück sagen, daß es in der Stunde seiner schwersten Gefahr und seiner tiefsten Demütigung unter seinen Politikern einen Mann besaß, der fähig war, ihm mit solcher Hingabe und Sachkenntnis zu dienen.

Herr Ebert hat Deutschland in einer Zeit, die Herr Luther „die schwierigste Periode unserer Geschichte" nannte, mit großer Festigkeit und Mäßigung regiert. Wie auch immer diese Geschichte in der Zukunft verlaufen mag, so wird man sich doch immer mit Dankbarkeit und Stolz

---

Blutrausch.

Eine Liebesgeschichte aus dem roten Rußland.

Von Gertrud von Brockdorff.

(Nachdruck verboten.)

(14. Fortsetzung.)

Dserschinski bemerkte das Zögern seines Besuchers. Sein Gesichtsausdruck wurde höhnisch. Es war der Gesichtsausdruck eines Menschen, der sich mit einem anderen allein und ihn völlig in seiner Macht weiß.

„Noch eine Frage, Sergej Alexandrowitsch —"

„Bitte!"

„Du wohnst im Palais Bolkonski?"

„Ja!"

„Du bist mit dem Neffen der Fürstin Bolkonskaja befreundet?"

„Boris Petrowitsch Rudnik hat mit mir Seite an Seite für die Befreiung Rußlands gekämpft."

Dserschinski schob seinen Schreibsessel ein wenig zurück und heftete seine Augen mit einem starren Ausdrucke auf Suwalkoffs Gesicht. Es war etwas Gläsernes im Ausdrucke dieser Augen. Ein seltsamer stiller und fast krankhafter Fanatismus.

„Bist Du des Grafen Rudnik ganz sicher?"

„So sicher wie meiner selbst."

Dserschinskis Gesicht wurde noch bleicher und starrer.

„Es gibt keinen Menschen, dessen man so sicher wäre wie seiner selbst. Das Mißtrauen ist das erste Gesetz der Wachsamkeit, Sergej Alexandrowitsch. Was weißt Du von Boris Petrowitsch Rudnik?"

„Er hat Vera Puschkin geliebt —," sagte Suwalkoff mit zerrissener Stimme. Dserschinski pfiff durch die Zähne.

„Das spricht für ihn."

„Er war während der ersten Revolution an der Verschwörung gegen Trepoff beteiligt."

Dserschinski zuckte die Achseln.

„Man soll den Äußerungen einer ersten jugendlichen Begeisterung kein allzu großes Gewicht beilegen. Was treibt er gegenwärtig?"

„Er ist stellungslos und auf der Suche nach einem Broterwerb."

„Das hat er nicht nötig. In Moskau werden Arbeiter genug gebraucht. Warum tritt er nicht in die Rote Garde ein?"

„Er äußerte letzthin die Absicht, es zu tun," sagte Suwalkoff und fühlte, wie ihm wegen der Lüge das Blut in die Stirn stieg.

Um Dserschinskis Lippen spielte wieder das dünne, grausame Lächeln.

„Wovon lebt Boris Petrowitsch Rudnik?"

Suwalkoff warf einen hilflosen Blick um sich. Er fühlte sich in die Enge getrieben und sah nirgends einen Ausweg.

„Von den Unterstützungen seiner Tante Lydia Bolkonskaja."

„Ist Lydia Bolkonskaja in der Lage, Unterstützungen auszuteilen?"

Suwalkoff schluckte schwer.

„Sie lebt vom Verkaufe ihrer Schmuckstücke."

Dserschinski machte mit dem Bleistifte einige Notizen hinter die Namenreihe der Liste.

„Es ist schwer, die Reserven der Bourgeoisie zu erschöpfen," sagte er langsam. „Boris Petrowitsch Rudnik hat noch eine Schwester, die mit Alexander Bolkonski verlobt ist?"

Suwalkoffs Gesicht färbte sich langsam mit einer dunklen Röte. Dserschinski beobachtete ihn scharf. Um seine Lippen war noch immer das dünne, grausame Lächeln.

„Warum antwortest Du nicht, Sergej Alexandrowitsch?"

„Ja. — Boris Petrowitsch hat noch eine Schwester. Von einer Verlobung mit Alexander Bolkonski ist mir nichts bekannt."

Dserschinski griff nach einem Federhalter und strich einen Namen in der Liste mit roter Tinte durch.

Suwalkoff bemühte sich, die einzelnen Buchstaben des Namens zu entziffern. Dserschinski legte den Federhalter auf das silberne, über und über mit Tinte befleckte Schreibzeug zurück, schloß die Liste und stand auf.

„Beobachte Alexander Bolkonski, Sergej Alexandrowitsch! Wir wissen, daß er Beziehungen zum reaktionären Bürgertum unterhält. Es wäre natürlich eine Kleinigkeit, ihn verhaften zu lassen. Aber wir müssen seinen Mitwissern auf die Spur kommen. Wir müssen das ganze Nest ausheben."

Seine Augen bohrten sich in Suwalkoffs Gesicht.

„Du wirst morgen um die gleiche Stunde erscheinen, um mir über Alexander Bolkonski Bericht zu erstatten, Sergej Alexandrowitsch." Er machte eine Handbewegung, die jede Entgegnung Suwalkoffs abzuschneiden schien.

Suwalkoff fühlte sich entlassen. Er sah, daß Dserschinski die Hand hob und hörte ein ächzendes Geräusch, als ob eine schwere Tür durch den Druck einer Feder geöffnet würde.

Hinter ihm klafften die breiten Flügeltüren des Büfetts auseinander und gaben einen Durchgang frei.

Suwalkoff befand sich mit einem Male wieder in dem leeren, weißen Zimmer mit den getäfelten Wänden. Das durch die Deckenöffnung herabrieselnde Tageslicht erschien noch grauer und farbloser.

Suwalkoff strich sich mit der Hand über die Stirn und fühlte, daß sie mit Schweiß bedeckt war. Die Pulse an seinen Schläfen hämmerten.

Alexander Bolkonski — Marja Petrowna. — Was wußte Dserschinski von Marja Petrowna? Weshalb bestellte er ihn zum Aufpasser Alexander Bolkonskis? Wußte Dserschinski von seiner Liebe zu Marja Petrowna?

Suwalkoff holte tief Atem.

Kein Mensch wußte von seiner Liebe zu Marja Petrowna. — Aber Dserschinski war kein Mensch. Dserschinski war ein Teufel.

Suwalkoff fühlte plötzlich, daß er zitterte. Er begriff, daß die Unterhaltung mit Dserschinski ihn erschöpft hatte. — Er lehnte sich wie haltsuchend gegen die weiße Täfelung und erschrak vor der feuchten Kälte des Holzes.

Dann ging er weiter — immer weiter, durch dieselben leeren, hallenden Räume, durch die er gekommen war.

Er kam in ein großes, erwärmtes Zimmer, in dem sich Irma Jenrichowna im Gespräche mit Feodora Gregorowna befand.

(Fortsetzung folgt.)

an den Namen Friedrich Ebert, des ersten Präsidenten der deutschen Republik, erinnern."

*

„The Observer" (Nr. 6979), die dem linken Flügel der Konservativen angehörige Wochenzeitung Garvins, äußert sich in ähnlicher Weise:

„Mit dem Präsidenten hat Deutschland viel verloren. Eine plötzlich ausbrechende aber unblutige Revolution machte einen unansehnlichen Sattler zu erwählten Nachfolger des Hohenzollernkaisers. Schon auf dem Papier war die Veränderung erstaunlich genug. In Wirklichkeit und in einem Lande, das bis dahin eine übertriebene Zurschaustellung der Machtsymbole für einen Teil der bestehenden Ordnung der Dinge gehalten hatte, machte diese Veränderung den Eindruck eines in einer Minute vorüberraschenden Jahrhunderts. Auf der Rechten wurde es Mode über die schlichte Figur des Präsidenten zu spötteln. In der letzten Zeit gab sie sich Mühe, mit Hilfe eines seltsamen gerichtlichen Verfahrens seinen Ruf vor Gericht zu untergraben. Aber diese Herabsetzungsversuche hatten keinen anderen Erfolg, als die Würde des Präsidenten und seines Amtes zu vermehren. Seine Mäßigung, vernünftige Klarheit und überparteiliche Geschäftsführung verteidigten sich selbst. In einer für sein Land glücklichen Art verkörperte er in seiner Person ein Amt, welches die Nation sowohl gegen die Drohung eines Kapp-Putsches wie gegen eine kommunistische Revolution beschützte. Die Mäßigung und der klare Wirklichkeitssinn ihres ersten Präsidenten habe nicht zum kleinen Teil zur inneren Kräftigung der deutschen Republik beigetragen und dazu mitgewirkt, daß Deutschland als einheitlicher Staat die außergewöhnlichen inneren und äußeren Gefahren der letzten zehn Jahre überstanden hat."

Zur Lage des deutschen Eisenbahnerstreiks.

Im wesentlichen ist die Streiklage bei den deutschen Eisenbahnen noch dieselbe. Ueberall werden weiterhin Beratungen und Versammlungen abgehalten, doch ist der Personenverkehr und der Verkehr für Lebensmittelzüge gesichert. In Berlin sind einige Streikende hinzugekommen. Auch im Bezirk Breslau ist die Zahl der Streikenden um einige Köpfe auf 345 gestiegen. In Sachsen streiken, nach Angabe der Reichsbahnverwaltung, 5378 Arbeiter, das sind 18 Prozent der gesamten sächsischen Eisenbahnarbeiter und 10 Prozent des gesamten sächsischen Eisenbahnpersonals. In allen Bezirken zusammen streiken 6600 Arbeiter, also 1,54 Prozent der Gesamtzahl der deutschen Eisenbahnarbeiter. Die Reichsbahnverwaltung wehrt sich gegen den von sozialdemokratischer Seite erhobenen Vorwurf, daß in Dresden entlassene Eisenbahndiebe zur Unterstützung der Arbeitswilligen eingestellt worden seien. In keinem Falle seien derartige Einstellungen vorgenommen worden. — In Mitteldeutschland zeigt sich nur sehr geringe Streikneigung. In Gera haben sich die Gewerkschaftsvertreter gegen den Streik erklärt. Auch in Erfurt zeigt die Arbeiterschaft keine Absicht, in den Streik zu treten. — Ueber die neuere Tendenz der Entwicklung läßt sich nichts Bestimmtes sagen.

Wie Barmat protegiert wurde.

Die weiteren Arbeiten der Untersuchungsausschüsse zeigen immer krasser, daß Barmat von fast allen damals in Frage stehenden amtlichen Stellen in unglaublicher Weise unterstützt wurde. Der zuletzt vernommene Zeuge ist der Direktor Meier aus Hamburg, der bis Oktober 1923 der Leiter der Einfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel war. Bei seiner Vernehmung sagt er: „Mein Eindruck von Barmat war außerordentlich schlecht, derart, daß ich in meiner privatwirtschaftlichen Tätigkeit nicht mit ihm gearbeitet hätte. Vor seinem Besuche sagte ich zu meinen Prokuristen: Machen Sie den Geldschrank zu!"

Im September 1919 wurden mir eines Tages zwei Visitenkarten gebracht. Auf der einen stand „Gustav Bauer, Reichskanzler a. D.", auf der anderen „Julius Barmat". Herr Bauer sagte zu mir: „Herr Meyer, Sie sind die einzige Reichsstelle, die trotz aller Bemühungen bis jetzt nicht auf Geschäfte mit Barmat eingegangen ist, und da ich mit Barmat persönlich befreundet bin, lag mir daran, ihn noch einmal zu empfehlen." Ich erwiderte ablehnend. Herr Barmat sagte darauf: „Sie scheinen den Eindruck zu haben, daß ich hinter den Angriffen gegen Hermes stecke." (Minister Hermes war damals meine vorgesetzte Stelle.) Ich sagte: „Diesen Eindruck habe ich allerdings." Das stützte sich darauf, daß die Angriffe gegen Minister Hermes besonders von sozialistischer Seite erfolgten. Ich hatte Herrn Barmat sehr häufig mit Heilmann gesehen. Barmat hatte auch selbst eindeutige Mitteilungen darüber gemacht, daß Angriffe auf Hermes erfolgen würden. (Bewegung.)

Der ehemalige Reichsernährungsminister Hermes sagt dann folgendes aus: Bauer kam eines Tages zu mir ins Ernährungsministerium und bat mich, Barmat zu empfangen. Dieser habe früher für das Reich Geschäfte gemacht. Bauer bat, festzustellen, ob vielleicht auch weiterhin derartige Geschäfte getätigt werden könnten. Ich habe diesem Wunsch des Ministers Bauer Rechnung getragen und Barmat empfangen. Das Ergebnis der Prüfung der von Barmat gemachten Angebote war aber negativ.

Der frühere Leiter des Zentralsekretariats der Reichsfettstelle, Hofmann, berichtet über die Geschäfte mit Barmat und besonders über Barmats eigentümliche Praktiken. So habe er bei einem Buttergeschäft, bei dem es sich um 500 000 Kilo handelte, plötzlich nicht geliefert, als die für ihn ursprünglich günstige Kursklausel ungünstig wurde. Das Geschäft sei infolgedessen annulliert worden. Er habe zur Abwicklung seiner Geschäfte sich stets Lieferscheine geben lassen, auf Grund deren er Geld bekam. Er habe zunächst die Waren nicht geliefert, sondern erst geraume Zeit später. Die Geschäfte seien immer vom Reichswirtschaftsministerium nahegelegt worden.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 11. März.

Bibelkursus für die Frauenhilfen der Stadt Posen

Der Landesverband der Evangelischen Frauenhilfe hat für die Frauen der Frauenhilfen Posens einen Bibelkursus eingerichtet, der vom 16.—19. d. Mts. (Montag bis Donnerstag) im Heimatsaale des Hospizes stattfinden soll. Es werden zwei nebeneinander laufende Themen behandelt, für das eine ist der Anfang auf 5 Uhr, für das andere auf 8 Uhr gelegt, so daß jeder Frau Gelegenheit zur Teilnahme geboten ist. An den Vormittagen des 17., 18. und 19. März wird außerdem je eine Bibelstunde gehalten werden. Der Plan für den Kursus wird am Sonnabend auch an dieser Stelle bekanntgegeben.

Die monatliche Brotspende für die Altershilfe.

Der Wohlfahrtsdienst, Altershilfe, bittet alle gütigen Geber, die ihm eine monatliche Brotspende zugesagt haben, recht herzlich, die in Frage kommende Summe, nach dem heutigen Brotpreis von 70 gr, auf sein Konto bei allen deutschen Banken oder in den Geschäftsstellen der deutschen Tageszeitungen einzahlen zu wollen.

Eine Protestversammlung gegen das jetzige Aufwertungsgesetz.

Der Verein der Inhaber von Hypotheken, Bankguthaben, Staatsanleihen usw. hielt am Sonnabend im Schützenhause in Bromberg eine stark besuchte Versammlung ab. Es sprachen, wie wir einem Bericht der „Deutsch. Rundschau" entnehmen, eine ganze Reihe von Rednern in meist recht eingehenden Ausführungen zur Aufwertungsfrage.

Danach ist Aussicht vorhanden, daß das Gesetz vom 14. Mai 1924 einer gründlichen Revision unterzogen wird. Es wird eine erhebliche Erhöhung der Aufwertungssätze angestrebt, und man glaubt der Unterstützung an maßgebenden Stellen sicher zu sein. Es wurde indessen von einigen Rednern darüber geklagt, daß zu einer energischen Propaganda noch immer die nötigen Mittel fehlen, und deshalb an die Mitglieder der Appell gerichtet, pünktlich die Beiträge zu zahlen und nach Möglichkeit über die festgelegten Sätze hinaus auch freiwillige Zuwendungen zu machen. Auf die Anregung eines deutschen Teilnehmers der Versammlung wurde vom Vorstande das bestimmte Versprechen gegeben, daß in künftigen Sitzungen in beiden Sprachen verhandelt werden soll. Zum Schluß wurde folgende Entschließung von der Versammlung angenommen:

„Wir zu einer großen Kundgebung am 7. März 1925 im Schützenhause zu Bromberg versammelten Besitzer von Hypotheken, Staatsanleihen, Bankguthaben usw. protestieren energisch gegen die Gesetze vom 17. 3. und 14. 5. 24 über die Umrechnung unserer Forderungen. Wir fordern vom Sejm und Senat die Aufhebung der oben bezeichneten uns schädigenden Gesetze oder den Erlaß solcher Novellen, die auf dem Grundsatz der Gerechtigkeit und des gültigen Hypothekenrechts beruhen, den Wert und die Kaufkraft der polnischen Mark im früheren preußischen Teilgebiet berücksichtigen, der Gerechtigkeit entsprechen und unseren moralischen und materiellen Schaden in möglichst kurzer Zeit beseitigen."

X **Die Berechnung der Staatseinkommensteuer von Diensthältern und Pensionen** erfolgt nach einer Anordnung des Finanzministeriums im ganzen Gebiet der Republik Polen für den Monat März nach derselben Skala und den Vorschriften des Finanzministers vom 19. 1. 1925, veröffentlicht im Monitor Polski Nr. 20 vom 25. 1. 1925.

s. **Zu Gerichtsassessoren ernannt** wurden im Bezirk des Appellationsgerichts Posen: Stanisław Staszak in Gnesen und Franciszek Frankowski in Posen. Zum Rechnungsdirektor beim Appellationsgericht Posen wurde der Rechnungsrevisor Seweryn Malecki ernannt. Zum Obersekretär wurde ernannt der Gerichtssekretär Jan Szajowski beim Sąd Powiatowy in Posen.

X **In der Reihenfolge der religionswissenschaftlichen Vorträge zur Zeitlage für gebildete Laien,** gehalten von Generalsuperintendenten D. Blau im Evangelischen Vereinshause über die gegenwärtige geistige Lage und das Christentum tritt insofern eine Änderung ein, als der 1. Vortrag nicht am Sonnabend, dem 14. März, sondern am Mittwoch, dem 18. März, abends 8 Uhr, stattfindet. Die Reihenfolge der Vorträge gestaltet sich folgendermaßen: 1. Vortrag Mittwoch, den 18. März: Der Bankerott der Kultur und das Christentum, abends 8 Uhr; 2. Vortrag Mittwoch, den 25. März: Die Weltanschauungskrisis und das Christentum, abends 8 Uhr; 3. Vortrag Sonnabend, den 28. März: Der religiöse Zusammenbruch und das Christentum, abends 8 Uhr.

X **Posener Lebensmittelpreise.** Auf dem heutigen Wochenmarkte herrschte bei großem Lebensmittelzufuhren verhältnismäßig reger Verkehr. Für das Pfund Butter bezahlte man 2.60—2.90 zł, für die Mandel Eier 1.60—1.70 zł, für das Pfund Quark 6—70 gr. Auf dem Geflügelmarkt kostete eine Ente 4—6 zł, ein Huhn 2.50—4 zł, ein Paar Tauben 1.50—1.80 zł. Für ein Pfund Speck zahlte man auf dem Fleischmarkte 0.90 zł, für ein Pfd. Schweinefleisch 0.80—1.00 zł, für ein Pfund Rindfleisch 0.80—1.00 zł, für ein Pfund Kalbfleisch 0.80—1.00 zł, für ein Pfund Hammelfleisch 70 bis 90 gr. Ferner wurden folgende Preise gezahlt: für ein Pfund Aepfel 30—60 gr, für das Pfund Birnen 20—4? gr, für das Pfund Rotkohl 50 gr, Weißkohl 25—30 gr, Sprossenkohl 1.30 zł, für den Kopf Blumenkohl 1.50—?.00 zł, für 1 Apfelsine 15—35 gr, für eine Zitrone 8—10 gr, für ein Pfund Feigen 1 zł, für ein Pfund Spinat 80 gr, Walnüsse 90 gr, für ein Pfund Haselnüsse 1.20 zł, für ein Pfd. Zwiebeln 40—45 gr, für ein Pfund Backbirnen 60 gr, für ein Pfd. Backpflaumen 1.00 zł, für ein Pfd. rote Rüben 10 gr, für ein Pfd. Kohlrüben 10 gr, für ein Pfd. Mohrrüben 10 gr, für ein Pfund Kartoffeln 5 gr, für ein Pfund Bohnen 30—40 gr, für ein Pfund Erbsen 25—35 gr, für einen Hering 10—20 gr, für ein Liter Leinöl 2.40 zł. Für ein 3 Pfundbrot zahlte man 70 gr. Auf dem Fischmarkt kostete das Pfund Karpfen 2.50 zł, Hecht 1.80 zł, Weißfische 40—60 gr.

s. **Besitzwechsel.** Die Bank Młynarzy verkaufte das Grundstück St. Martinstr. 39 an die Aktiengesellschaft Akwawit für 220 000 zł.

s. **Erben gesucht.** Am 19. März v. Js. starb in Rogasen der Reichsdeutsche Joseph Szmerl. Da sich bisher Erben nicht gemeldet haben, erläßt das Kreisgericht in Rogasen eine Aufforderung an alle Erbberechtigten, sich bis zum 10. Juni d. J. zu melden, widrigenfalls der Nachlaß dem Staate verfällt.

X **Der Dampfkesselüberwachungsverein** hält am 25. d. Mts. eine außerordentliche Generalversammlung ab.

X **Polizeiliche Hundeversteigerung.** Übermorgen, Freitag, findet im Starostwo Grodzkie, Zimmer 9, um 10 Uhr vormittags eine Hundeversteigerung statt. Es werden versteigert: ein weißbrauner Jagdhund und eine schwarzgelbe Wolfshündin.

X **Von Kindern und ihren Müttern.** Wegen Kindesmordes ist das 24 Jahre alte Dienstmädchen Stachowiak aus der Fabrikstraße in Haft genommen worden. Sie hatte dem

Wohltätigkeitsfeste.

„Feste werden direkt zur Pflicht, wenn ein tieferer Zweck
aus ihnen spricht,
Wenn unser Fröhlichsein, unser Lachen, soll anderen
Sorgen leichter machen.
Wenn Festesglanz und Lichterscheinen soll stillen
verzweifeltes, bitt'res Weinen."

Die obigen Worte, aus einem Festprolog, fielen mir vor kurzem ein, als ich eine Wohltätigkeitsveranstaltung besuchte und recht viele leere Stuhlreihen dort fand. Dazu eine Veranstaltung, die im Programm nur Gutes aufwies und deren Künstler Erstklassiges leisteten. Sind wir denn so übersättigt an Kunstgenüssen, daß sich so wenige zu einem solchen Abend einfinden? Ich dächte, das Gegenteil wäre der Fall, denn immer wieder hört man von allen Seiten klagen: „Man hat hier aber auch gar nichts, man verbauert direkt!" — — Und dann trotz dessen an einem künstlerischen Abend leere Stuhlreihen? Das fasse, wer es kann! Und noch einmal muß ichs betonen, bei einer Veranstaltung, die einem guten Zwecke dient! Wo wir also für unser Eintrittsgeld Doppeltes erhalten, erstens den Kunstgenuß und dann das Bewußtsein, etwas Gutes getan zu haben! Letzteres schmeichelt doch sonst so angenehm unserem inneren Empfinden! Was gibt es da für eine Entschuldigung für ein Fernbleiben bei einer solchen Veranstaltung? Schon höre ich viele Stimmen: „Das hohe Eintrittsgeld!" Das stimmt nicht, meine Lieben, denn erstens gibt es auch billigere Plätze, und dann, wenn irgend ein Ball gar 10 Złoty Eintrittsgeld nimmt, habe ich noch nie eine Klage gehört, und gut besucht war der Ball auch! Entschuldigungen für ein Fernbleiben gibt es einfach nicht, und traurig muß ich das Fazit meines Nachdenkens ziehen, daß eben immer noch der Wunsch nach realen Genüssen besteht und Kunst und ethisches Empfinden niedrig im Preise stehen. Und so ist der Ausspruch: „Uns wird nichts hier geboten, wir verbauern!" — nichts als ein gedankenloses, leeres Wort, hinter dem auch nicht der geringste ernste Wunsch steht. Wären wir wirklich hungrig nach künstlerischen Genüssen, so würden sie ihre Würdigung finden. Und vergessen wir denn ganz die Verpflichtungen, die wir gegen die Allgemeinheit haben? Wir sind nur noch ein kleines Häuflein unseres Volkstums hier verblieben und fühlen uns manchmal recht vereinsamt. Jedes Zusammenkommen müßte uns also erwünscht sein und uns das tröstliche Gefühl geben: „Wie viele wir doch noch sind!" Und wovon sollen unsere Wohlfahrtsarbeiten geleistet werden? Frage sich einmal jeder ernstlich, ob er auch wirklich von selbst nach seinem Können dafür gespendet hat, so daß es der besonderen Einziehung durch Wohltätigkeitsveranstaltungen nicht bedarf? An jedem Wohltätigkeitsfeste hängen unzählige Hoffnungen, denn jedes soll die Ausführung eines neuen Planes ermöglichen oder schon Bestehendes weiterführen helfen. Und angenehmer kann uns keine Steuer aufgelegt werden als im Genuß einer künstlerischen Gabe! Viele werden vielleicht nach dem Lesen dieser Zeilen stolz sagen: „Ich wäre ja sicher gegangen, aber da ich schon anderweitig vergeben war, war es nicht möglich." Bitte, legen Sie Ihren Stolz beiseite, auch das gilt nicht als Entschuldigung! Wenn ich nicht persönlich zu solch einer Veranstaltung gehen kann, so kann ich doch Billetts kaufen, und gern werden Unbemittelte die Vertretung übernehmen, oder die Zeitung vergibt den Platz dann an solche, und so können noch viele eines Genusses teilhaftig werden, die ihn sich sonst nicht leisten können, aber die Veranstaltung hat ihren vollen finanziellen Erfolg! Also bitte ich alle die vielen, welche den Wohlfahrtsveranstaltungen des Winters ohne richtigen Grund fern blieben, daß sie ihre Gedankenlosigkeit, welche bittere Folgen für andere haben kann, wieder gutmachen und reichlich ihr Scherflein jetzt nachträglich an die Spendensammlung einzahlen. Ach, möchten doch recht viele Namen da verzeichnet stehen! Und für die Zukunft merke sich jeder: „Wohltätigkeitsfeste zu besuchen, ist eine Ehrenpflicht!!"

Hannah.

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

— **Die Benutzung der Deutschen Bücherei im verflossenen Jahr.** Die Deutsche Bücherei in Leipzig hat neben den beiden Hauptaufgaben, ein möglichst vollständiges Archiv des in- und ausländischen deutsch-sprachigen Schrifttums zu sein und dieses durch Herausgabe von Bibliographien für die Wissenschaft und die Praxis zu erschließen, satzungsgemäß auch die Pflicht, ihre Bücherschätze der Benutzung zugänglich zu machen. Diese Aufgabe, die bei anderen Bibliotheken ganz im Vordergrunde steht, tritt bei ihr entsprechend zurück, wird aber keineswegs vernachlässigt. Da sie den Charakter einer Präsenzbibliothek hat, kann sie ihre Bücher den Benutzern nicht mit nach Hause geben, sondern nur in ihren Lesesälen zur Verfügung stellen. In besonderen Fällen wird jedoch im Interesse der Wissenschaft auch eine Benutzung außerhalb des Hauses ermöglicht; so werden zum Beispiel alle jenen Schriften, die nach Ausweis des Auskunftsbureaus der deutschen Bibliotheken ausschließlich in der Deutschen Bücherei vorhanden sind, im „Leihverkehr" auch an fremde Bibliotheken zur Aushändigung an die Benutzer versandt. Die Zahl solcher Fälle ist natürlich in Anbetracht der beträchtlichen Menge ausgezeichneter Bibliotheken, deren wir uns in Deutschland erfreuen, verhältnismäßig gering. Die Anzahl der von auswärts eingelaufenen Bestellungen bewegte sich im verflossenen Jahr zwischen 137 und 225 monatlich, betrug also täglich gegen 6 bis 9. Daß umgekehrt die Benutzer der Deutschen Bücherei auch Bücher, die sie aus anderen Bibliotheken wünschen, insbesondere also deutsche Literatur vor 1913 und die gesamte fremdsprachige Literatur, für die die Deutsche Bücherei bekanntlich nicht zuständig ist, durch Vermittlung derselben bestellen können, scheint noch wenig bekannt zu sein, da diese Vermittlung bisher so gut wie gar nicht in Anspruch genommen worden ist.

In den schweren Zeiten der Inflation hatte der Benutzungsdienst der Deutschen Bücherei leider allzu sehr hinter anderen Aufgaben zurücktreten müssen, und auch während der ersten fünf Monate des vergangenen Jahres war die Bücherei für die Benutzung noch ganz geschlossen. Erst mit dem 1. Juni 1924 trat eine Besserung der Verhältnisse ein, indem die Lesesäle von da ab wenigstens für die zweite Hälfte des Tages offen gehalten werden konnten.

Die Benutzung der Deutschen Bücherei erfolgt zur Hauptsache im Großen Lesesaal, der mit einer 15 000 Bände zählenden, alle Gebiete umfassenden Handbibliothek ausgestattet ist, sodann im Zeitschriftensaal, in dem 2500 der bedeutendsten deutschen Zeitschriften aus allen Gebieten laufend ausgelegt werden, und endlich im Kartensaal. Die im Zeitschriftensaal nicht ausliegenden Zeitschriften, deren Zahl rund 15 000 beträgt, werden in einem nahen Magazin bereitgehalten und auf Wunsch dem Benutzer sofort geholt.

Die Zahl der Benutzer ist während der sieben Monate, in denen die Bücherei im verflossenen Jahre geöffnet war, wesentlich gestiegen, und zwar von 2833 im Monat Juni bei 24 Öffnungstagen auf 3971 im Monat Dezember bei 22 Öffnungstagen, was eine Steigerung des Tagesdurchschnitts von 118 auf 180 oder um 52 Prozent bedeutet. Ein großer Teil der Lesesaalbesucher begnügt sich erfahrungsgemäß mit der Benutzung der Werke der umfangreichen Handbibliothek bzw. der ausliegenden Zeitschriftenhefte. Trotzdem ist die Zahl der im verflossenen Jahre aus den Magazinbeständen bestellten Bücher und Zeitschriften nicht unbeträchtlich gewesen und hat ebenfalls im Verlaufe der Monate eine starke Steigerung erfahren. Im Monat Juni betrug die Zahl der abgegebenen Bestellzettel 2299, das sind 95 für den Tag, im Monat Dezember 3250, das sind 147 für den Tag, also eine Vermehrung um 54 Prozent.

So kann die Deutsche Bücherei nach Ablauf des ersten Jahres seit Festigung der deutschen Währung hinsichtlich ihrer Benutzung ein gutes Plus buchen. Die Zahl der Besucher wie die Zahl der aufgegebenen Bestellungen zeigt eine ständige und starke Aufwärtsbewegung. Und das ist an sich ganz erklärlich. Verfügt doch die Anstalt in dem lückenlosen Besitz der großdeutschen Verlagsproduktion für einen Zeitraum von nun schon zwölf Jahren, in der Gesamtheit der laufenden deutschen Zeitschriften, in der größten existierenden Sammlung deutscher Privatdrucke und in der sorgsam gepflegten, in seiner Art einzig dastehenden Abteilung der „Kostbaren Drucke" über Kulturwerte ersten Ranges, die als solche in der gelehrten Welt von Tag zu Tag mehr erkannt und von Tag zu Tag auch mehr in Anspruch genommen werden.

Kinde im vergangenen Monat das Leben gegeben und es in einen Abort geworfen, in dem es am Montag gefunden wurde. — Auf dem Grundstück Hinterwallischei 25 wurde gestern die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts aufgefunden. — Im Februar d. Js. war in einem Hausflur ein ausgesetztes Kind aufgefunden worden. Den Bemühungen der Kriminalpolizei ist es nachträglich gelungen, die Mutter des Kindes zu ermitteln.

X **Wieder ein Opfer einer „Wahrsagerin".** Allen Warnungen zum Trotz finden die Wahrsagerinnen in unserer aufgeklärten Gegenwart immer noch ihre Opfer. Diesmal ist es eine Frau von der Wallischei, der eine Wahrsagerin mit einem Kinde auf dem Arme nicht nur die Zukunft prophezeite, sondern sie auch gegen Unglück zu feien versprach. Dafür gab sie ihr 70 zł und vertraute ihr zwei Trauringe an, die die Wahrsagerin zurückzubringen versprach. Natürlich hat sie das Wiederkommen vergessen. Sie ist etwa 30 Jahre alt, mittelgroß, hat längliches, pockennarbiges Gesicht, war bäuerlich gekleidet und trug ein großes kariertes Umschlagetuch.

X **Ihrem Begleiter entwischt** war gestern auf dem Transport von Lissa nach Gnesen, wo sie zu einem Termin vorgeführt werden sollte, auf dem hiesigen Bahnhofe die erst kürzlich wegen Teilnahme an einem Einbruchsdiebstahl in Lissa zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilte, aus Posen stammende, 25 Jahre alte Pelagja Brust. Sie benutzte beim Austreten aus dem Klosett den zweiten Ausgang, um zu entschlüpfen. Sie sollte sich jedoch nicht allzu lange der goldenen Freiheit erfreuen, denn noch im Laufe des Tages gelang es einem Polizeibeamten, sie in Wilda festzunehmen, obwohl sie ihre vorher durchaus modern städtische Kleidung, wie Sealmantel usw. abgelegt und gegen eine bäuerliche vertauscht hatte.

X **Einbruchsdiebstähle.** Gestohlen wurden: vom Boden des Hauses Bernhardinerplatz 2a Leib- und Tischwäsche; aus dem Hause Górna Wilda 75 (fr. Kronprinzenstr.) eine goldene Herren- und eine goldene Damenuhr, 3 Brillantringe und 2 Trauringe im Werte von 300 zł.

s. **Vom Wetter.** Heute, Mittwoch, früh, war 1 Grad Kälte.

Vereine, Veranstaltungen usw.

Donnerstag, den 12. 3.: Evang. Verein Junger Männer: 8 Uhr Blasen.

Donnerstag, den 12. 3.: Ruderklub Neptun: 8½ Uhr Familienabend im Klublokal.

Donnerstag, den 12. 3.: Stenographenverein 6½—8½ Kursus.

Freitag, den 13. 3.: Evang. Verein Junger Männer: 7 Uhr Turnen.

Freitag, den 13. 3.: Theaterverein: 8 Uhr „Minna von Barnhelm".

Sonnabend, den 14. 3.: Vortrag Prof. Dr. Hamann: 8 Uhr (Turnhalle des Deutschen Gymnasiums).

Sonnabend, den 14. 3.: Evang. Verein Junger Männer: 9 Uhr Wochenschlußandacht.

Professor Dr. Hamann, der sich zu Studienzwecken in Polen aufhält — unter anderem wird er die vom Marburger kunsthistorischen Institut im Sommer vorigen Jahres hergestellten neuen Aufnahmen der Gnesener Domtüren ergänzen —, wird während seiner Reise Gelegenheit haben, einige Vorträge zu halten. Wie bereits mitgeteilt wurde, findet in Posen ein Lichtbildervortrag über das Thema „Der Expressionismus und die Kultur der Gegenwart" Sonnabend, den 14. d. Mts., abends 8 Uhr in der Turnhalle des deutschen Gymnasiums statt. Den Vorverkauf hat die Evangelische Vereinsbuchhandlung. Es ist notwendig, umlaufenden Gerüchten entgegentretend, mitzuteilen, daß Professor Hamann sich bereits in Polen befindet.

Deutscher Theaterverein. Wir weisen noch einmal darauf hin, daß am Freitag, dem 13. März, im großen Saale des Zoologischen Gartens die Aufführung des bekannten Lessingschen Lustspieles „Minna von Barnhelm" stattfindet. Die Aufführung, die wegen Renovation des Saales so lange hinausgezogen werden mußte, ist bereits in der Provinz mehrfach veranstaltet worden. Sie hat überall großen Anklang gefunden. Es ist anzunehmen, daß auch diese in Posen stattfindende Aufführung größte Anteilnahme erweckt. Näheres wird im Inserat bekanntgegeben.

* **Bartschin,** 9. März. In den letzten Tagen wurde im nahen Krotoschin auf dem Felde Getreide gedroschen. Gegen Mittag, als der Drusch beendet war, löschte der Maschinist das Feuer in der Lokomobile und befahl dem 19jährigen Józef Rzepka, noch so lange bei der Lokomobile zu verweilen, bis das Feuer vollständig erloschen war. Als sich bereits alle anderen entfernt hatten, legte R., der vor Kälte zitterte, noch Stroh in die Lokomobile und wartete bis es Feuer fange. Als ihm dies zu lange dauerte, kroch er durch die Tür in den Ofen, wo er bald darauf verbrannte. Einem anderen Gerücht zufolge soll, wie der „Kuj. Bote" berichtet, der bedauernswerte R. von einem gewissen Wł. M., der ihm feindlich gesinnt war, ermordet und dann, um die Spuren des Verbrechens zu verwischen, in den Ofen geworfen worden sein. M. wurde in Haft genommen.

s. **Koschmin,** 10. März. Selbstmord durch Erhängen verübte der im Zuchthaus in Rawitsch befindliche Schneider Piotr Podiasz von hier.

* **Krotoschin,** 9. März. In der vergangenen Woche rastete eine Zigeunerbande am Denkmalsplatz. Die elenden Wagen waren mit vier Pferden bespannt, und alsbald ergossen sich die erwachsenen Mitglieder der Bande in die anliegenden Geschäfte. Bemitleidenswert war der Zustand der Kinder; diese liefen in den Wagen fast nackend umher.

* **Schubin,** 10. März. Durch eine verirrte Kugel erschossen wurde, wie die „Deutsche Rundschau" berichtet, am Sonntag in der Umgegend von Schubin ein am Bahndamm entlang gehender Eisenbahner. Der Vorfall soll sich so abgespielt haben, daß Fortbildungsschüler militärische Uebungen abhielten, in deren Verlauf der unglückliche Schuß gefallen sein soll.

* **Stargard,** 9. März. Eine Diebesbande von neun Mann, die in der Umgegend von Hochstüblau und Stargard gegen 20 Einbruchsdiebstähle begangen hat, ist jetzt der Polizei in die Hände gefallen. Sie stammte aus Hochstüblau, Jablau, Kaliski, Piece und Dąbrowa.

s. **Wongrowitz,** 10. März. Ueber das Vermögen der Genossenschaft Rolnik in Gołańcz Spółdzielnia Rolniczo-Handlowa, ist am 28. d. Mts. der Konkurs eröffnet und zum Verwalter der Kaufmann Władysław Thielmann hier ernannt worden; Anmeldefrist bis zum 15. April.

Handel, Finanzwesen, Wirtschaft, Börsen.

Wirtschaft

§ **Die polnische Tabakmonopolverwaltung** hat mit der jugoslawischen einen Lieferungsvertrag über 230 000 Kg. Tabak abgeschlossen. Bekanntlich war Jugoslawien früher ein zufuhrbedürftiges Land und konnte erst im vorigen Jahre zur Ausfuhr von Tabak übergehen, da die heimische Produktion ganz bedeutend gestiegen ist. Weitere polnische Bestellungen sind, wie wir hören, in Aussicht genommen.

§ **Antimonvorkommen in West-Georgien** wurde bereits im Jahre 1923 in der Nähe des Oberlaufes des Tschweschuri am Südabhang des Kaukasusgebirges festgestellt. Bei den in den letzten Monaten von einer russischen geologischen Expedition vorgenommenen Untersuchungsarbeiten, die in einer Höhenlage von über 2000 Meter ausgeführt wurden, sind mehrere Stollen und Schächte angelegt worden. Die geförderten Erze werden z. Zt. in Tiflis der Analyse unterworfen. Von dem Ausfall dieser Untersuchung wird die Fortsetzung der Arbeiten in der genannten Gegend abhängen. In dem gleichen Kreise Ratscha wurden vereinzelt auch Kupfererze und Schwefelkies gefunden.

Von den Märkten.

Holz. Lublin, 10. März. Brennholz kiefernes 2.5 gr, hartes 2.2 gr für 1 Kilo. Preise verstehen sich loko Waggon auf eine ungefähre Entfernung von 200 Kilometern. Tendenz ruhig.

Leder und Häute. Warschau, 9. März. Das Zurückhalten der Vorschüsse für die Gerber, welche sie als Anzahlung der Lieferungen für das Kriegsministerium erhalten sollten, führte zu einer erkennbaren Verschwächung der Tendenz auf dem Markte für Rohleder. Preise im Verhältnis zur vorigen Woche schwächer. Im allgemeinen Nachfrage kleiner. Rindshäute verkaufte man mit 1.11 zł, Kalbhäute mit 2.40 für 1 Kilo frischen Gewichts, Pferdehäute mit 15—17 (abhängig von den Ausmaßen) für ein Stück loko Schlachthaus.

Wolle. Posen, 9. März. Preise im Einkauf: 1. Gattung dicke englische Wolle 170, 2. Gattung dünne gekreuzte 190, 3. Gattung dünne reine 210. Im Verkauf: 1. Gattung 190, 2. Gattung 210, 3. Gattung 230. Bei Zustellugn von Einheitswaggons 250. Tendenz sehr schwach. Infolge größerer Transporte aus Australien ist ein weiterer Preisrückgang vorherzusehen.

Vieh und Fleisch. Lodz, 10. März. In der vorigen Woche betrug der Auftrieb im städtischen Schlachthaus: 252 Rinder, 2125 Schweine, 625 Kälber, 38 Hammel, 1 Ziege, 27 Pferde. Geschlachtet wurden: 328 Rinder, 2034 Schweine, 625 Kälber, 1 Hammel, 1 Ziege, 7 Pferde. Im Einkauf zahlte man für 1 Kilo Engros: Rinder 1.25—1.30, Schweine 1.40—1.70, Kälber 1.30 bis 1.40.

Produkten. Krakau, 10. März. Marktroggen 67/68 35 bis 35.50, Saathafer nicht attest. 37—38, Gutsfutterhafer 33.50 bis 34.50, Marktfutterhafer 32.50—34, Graupengerste 32—33, Bohnen Viktoria 50—51, gewöhnliche 33—36, Wicke 22—23, Saatwicke 25—26, Saubohnen 28—30, Futterklee 11—12, Winterraps 57—58, weißer Saatklee 130—150, Saatkartoffeln 7.40—8.00, Weizenmehl 50proz. aus dem Krakauer Bezirk 63—64.60, 60proz. amerikanisches 65.50—66.60, Roggenmehl 60proz. aus dem Krakauer Bezirk 52.50—53.50, 65proz. aus dem Krakauer Bezirk 50.50 bis 51.50, 65proz. aus dem Posener Bezirk 54—55, Roggenkleie 20.50—21. Tendenz für Roggen etwas stärker, gleichfalls für Mehl und Hafer. Große Nachfrage für Roggen.

Warschau, 10. März. Transaktionen an der Getreide- und Warenbörse für 100 Kilo franko Verladestation: Pommersch. Weizen 759 g/l 129 f. hol. 44.00, Pommerscher Hafer 31.00, franko Warschau Roggenkleie 19.50. Lage ruhig.

Edelmetalle. London, 10. März. Silber 32$^{1}/_{16}$, bei term. Zustellung 31$^{15}/_{16}$, Gold 86/8.

Metalle. Berlin, 10. März. Für 1 Kilo Elektrolytkupfer wire bears (100 Kilo) 139.00, Originalhüttenweichblei 0.73½ bis 0.74½, Hüttenrohzink 0.72½—0.73½, Remelted Plattenzink 0.64 bis 0.65, Originalaluminium (in Blocks, Stäben, gewalzt und gezogen 98—99 Prozent) 2.35—2.40, in Stäben gewalzt und gezogen 99 Prozent 2.45—2.50, Banka-Straits- und Austral-Zinn 4.90 bis 4.95, Hüttenzinn 99 Prozent 4.80—4.85, Reinnickel 98—99 Prozent 3.40—3.50, Antimon Regulus 1.21—1.23, Silber in Barren ca. 0.900 94½—95½, Gold 2.81—2.83, Platin 15—15½, Raffinadekupfer 99—993 Prozent 1.27—1.28.

Warschau, 10. März. Schwierige Verkaufsbedingungen, fühlbare Konkurrenz, das Fehlen von Bargeld und Kredit, sowie die kleine Nachfrage führten zu einer Herabsetzung der Preise für Rohstoff „Chlewiska" auf Holzkohle um 5 zł, man zahlt für eine Tonne 150 zł. Die Herabsetzung der Preise für andere Artikel (vereinigte polnische Metallindustrie) beträgt ca. 10 Prozent. Inländisches Handelseisen 200 zł. Böttchereisen heiß gewalzt 231 zł, Böttchereisen kalt gewalzt 401, runder Draht von 5½ bis 13 Millimeter 2.47. Grundpreise für Blech 254 zł. Sämtliche Preise für eine Tonne franko Waggon Verladestation.

Börsen.

≠ **Der Złoty am 10. März. Danzig:** Złoty 101.69—102.21 Ueberw. Warschau 101.29—101.89. **Berlin:** Ueberw. Warschau, Posen oder Kattowitz 80.47½—80.87½. **Zürich:** Ueberw. Warschau 99.50, **London:** Ueberw. Warschau 24.77. **Neuyork:** Ueberw. Warschau 19.25. **Paris:** Ueberw. Warschau 375.50. **Wien:** Złoty 135.90, Ueberw. Warschau 136.60. **Prag:** Złoty 649.62 64?.62. Ueberw. Warschau 6?1—656. **Budapest:** Złoty 13722—13876. **Bukarest:** Ueberw. Warschau 39.70. **Czernowitz:** Ueberw. Warschau 39.40. **Riga** Ueberw. Warschau 102.

≠ **Warschauer Börse vom 10. März.** Wertpapiere: 8prozentige staatliche Goldanleihe 1922 8.40, 10proz. Staatseisenbahnanleihe 9.09, 5prozentige staatliche Konversationsanleihe 5.20, 4½proz. T. K. Z. Vorkriegspfandbriefe 29.00, 4½proz. T. K. Z. Vorkriegspfandbriefe, ausgel. 26.50, 4½pr. Z. K. Z. Okt.-Pfandbr. 15.50, 4proz. T. K. Z. Vorkriegspfandbriefe 25.50, 8proz. Pfandbriefe T. K. Z. 1924 4.50, 4½proz. Vorkriegspfandbriefe 20.25, 3½proz. städt. Obligationen Warschau 1916 14.00, 6proz. städt. Obligationen Warschau 1915/19 14.25, 6proz. städt. Obligationen Warschau 1917 6.20. — Bankwerte: Bank Dyskontowy Warschau 7.60, Bank Handlowy Warschau 7.20, Bank dla Handlu i Przem. 1.10, Bank Zachodni 2.25, B. Z. Z. P. 2.20, Zw. Sp. Zarobk. Posen 12.50. — Industriewerte: Puls 0.55, Spieß 1.75, Wildt 0.22, Częstocice 2.30, Gosławice 2.10, Michałów 0.48, Ostrowite 1,60, Cukru 3.95, Łazy 0.25, Warsz. Top. Kop. Węgl. I—III 3.15, IV. 2.75, Bracia Nobel 2.05, Cegielski 0.61, Pfitzner i Gamper 3.80, Lilpop 1.00, Modzjejewski 1.35, Norblin 1.07, Orthwein 0.45, Ostrowiecki 7.50, Parowóz 0.67, Pocisk 1.37, Rudzki 2.10, Starachowice 2.24, Ursus 1.85, Konopie 0.55, Zawiercie 19.10, Żyrardów I 14.00, Żyrardów II 12.20, Borkowski 1.65, Haberbusch u. Schiele 6.55, Żeglugi 0.30, Ćmielów 0.59, Majewski 13.25, Pustelnik 1.45, Elektr. Zagl. Dąbr. 0.95, Elektryczność 3.00, Chodorów 4.50, Czersk 0.62.

≠ **Krakauer Börse vom 10. März.** (Amtlich.) Przemysłowy 0.33—0.36, Sp. zarobk. 13.00—13.10. Ziemski Kredyt. 0.16. Agri 0.32, Zieleniewski 12.80—13.25 Cegielski 0.61—0.68, Żegluga 0.10. Parowozy 0.70, Trzebinia żel. 0.65—0.69 Górka 16.00, Elektrownia 0.24 Tepege 1.?5—1.60. Polska Nafta 0.62 Trzebinia mydło 7.25 Kratus 0.98—1.00 Chodorów 4.60 4.70. Chybie 5.65, Synotka ?.10. — Nicht notierte Werte: Gazy zach. 3.10, Lokomotiwy 0.58 bis 0.60, Węglówki 0.01 Nobel 2.05.

≠ **Wiener Börse vom 10. März.** (In 1000 Kronen.) Austr. Kol. Państw. 408, Kol. Półn. 9350, Lwów—Czern. 162, Południ. 54.5, Bank Małop. 4.05, Alpiny 380.1, Siersza 61.1, Silesia 18, Zieleniewski 176, Tepege 20—21, Krupp 181.2, Praskie Tow. żel. 1925, Huta Poldi 850, Rima 138, Apollo 860, Fanto 199, Karpathy 141.1, Galicja 1250, Nafta 160, Lumen 8, Schodnica 204, Mraźnica 36—39.

Kurse der Posener Börse.

Für nom. 1000 Mk. in Złoty:

Wertpapiere und Obligationen:	11. März	10. März
4% Posener Pfandbriefe (Vorkriegs-)	—.—	34.00
6proz. Listy zbożowe Ziemstwa Kred.	10.00	10.00
8% dolar. Listy Pozn. Ziemstwa Kred.	—.—	3.20
5% Pożyczka konwersyjna . . .	0.49	—.—
10% Poż. Kolejowa	—.—	0.88
Bankaktien:		
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em.	5.80	—.—
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	6.70—7.00	7.20—7.00
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	—.—	13.00
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	3.90—4.00	4.00
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	3.25	—.—
Bank M. Stadthagen - Bydgoszcz I.—IV. Em.	—.—	11.00
Industrieaktien		
H. Cegielski I.—X. Em. f. 50 zł-Akt.	28.50—28.00	29.00—28.50
Centrala Skór I.—V. Em. . .	2.80	—.—
Cukrownia Zduny I.—III. Em. . .	6.00	—.—
C. Hartwig I.—VII. Em.	1.10	1.25
Hurtownia Skór I.—IV. Em. . .	0.60	—.—
Herzfeld-Viktorius I.—III. Em. . .	5.80—5.70	—.—
Iskra I.—IV. Em.	1.20	—.—
Juno I.—III. Em.	0.30	—.—
„Len" w Toruniu I—II. Em. . .	0.15	—.—
Lubań, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV. exkl. Kup.	135	135
Młyn Ziemiański I.—II. Em. . .	2.15	2.25
Płótno I.—III. Em.	0.35	0.32
Pozn. Spółka Drzewna I.-VII. Em.	1.00	1.10—1.00
Starogard. Mebl. Fabr. I.—II. Em.	—.—	0.50
„Tri" I.-III. Em.	—.—	13.00
„Unja" (vorm. Bentzki) I.—III. Em. (exkl. Kupon)	7.50	7.50
Wisła, Bydgoszcz I.—III. Em. . .	12.00	—.—
Wagon Ostrowo I.—IV. Em. . .	—.—	2.80
Wytwórnia Chemiczna I.—VI. Em.	0.45	0.40

Tendenz: schwach.

≠ **Genfer Börse vom 10. März.** (Amtlich.) Neuyork 5.19—5.19¼, London 24.77, Paris 26.60, Wien 73¼, Prag 15.43¾, Italien 21.21½, Belgien 26.10, Budapest 27.85, Sofia 3.80, Holland 207½, Oslo 79¼, Kopenhagen 93.10, Stockholm 140, Spanien 73.70, Bukarest 2.58¾, Berlin 123.67½, Belgrad 8.35.

≠ **Berliner Börse vom 10. März.** (Amtlich.) Helsingfors 10.577—10.597, Wien 59.13—59.27, Prag 12.45—12.49, Budapest 5.7795—5.12, Sofia 3.055—3.065, Holland 157.59—168.01, Oslo 63.97—64.13, Kopenhagen 75.18—75.36, Stockholm 113.03—113.31, London 20.00—20.05, Buenos Aires 1.657—1.661, Neuyork 4.195 bis 4.205, Belgien 21.12—21.18, Paris 21.46—21.52, Schweiz 80.75 bis 80.95, Spanien 59.48—59.62, Danzig 79.325—79.525, Japan 1.688—1.692, Rio de Janeiro 0.464—0.464, Jugoslawien 6.73 bis 6.75, Portugal 19.875—19.925, Riga 80.40—80.80, Reval 1.122 bis 1.128, Athen 6.39—6.41, Konstantinopel 2.115—2.125, Italien 17.14—17.18.

≠ **Züricher Börse vom 10. März.** (Amtlich.) Neuyork 5.19¾, London 24.77, Paris 26.22½, Wien 73.30, Prag 15.44, Italien 21.24, Belgien 36.10, Budapest 71.80, Sofia 3.78, Holland 207.45, Oslo 79.30, Stockholm 140, Spanien 73.70, Bukarest 2.57, Berlin 123.72½, Belgrad 8.35.

≠ **Danziger Börse vom 10. März.** (Amtlich.) Neuyork 5.2805 bis 5.3070. London 25.22¼, Schecks 25.21, Paris 27.03—27.17, Dollar 5.2668—5.2932, Schweiz 101.62—102.13, Berlin 125.725 bis 126.355, deutsche Mark 125.685—126.315.

≠ **1 Gramm Feingold bei der Bank Polski für den 11. März 1925 — 3.4544 zł. (M. P. Nr. 57 vom 10. März 1925.)**

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 11. März 1925

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung loko Verladestation in Złoty.)

(Ohne Gewähr.)

Weizen	39.50—42.00	Roggenkleie	20.50
Roggen	33.00—34.00	Fabrikkartoffeln . .	4.90
Weizenmehl . . . (65% inkl. Säcke)	58.00—61.00	Kartoffelflocken . .	22.00—23.00
Roggenmehl I. Sorte (70% inkl. Säcke)	45.00—47.00	Hafer	29.00—30.00
Roggenmehl II. Sorte (65% inkl. Säcke)	50.00	Seradella (neue) . .	14.00—16.00
Braugerste	27.00—29.00	Blaue Lupinen . .	9.50—11.50
Felderbsen	21.00—24.00	Gelbe Lupinen . . .	13.00—15.00
Viktoriaerbsen . . .	30.00—34.00	Klee, roter . .	160.00—230.00
Wicken	20.50—22.50	„ schwedischer .	100.00—130.00
Peluschken	20.50—22.50	„ gelber . . .	60.00—70.00
Buchweizen . . .	24.00—26.00	„ weißer . .	200.00—250.00
Senf	40.00—42.00	„ ungereinigter	23.00—28.00
Weizenkleie	20.50	Stroh, lose	2.00—2.20
		Stroh, gepreßt . . .	3.00—3.20
		Heu, lose	4.65—5.65
		Heu, gepreßt	7.10—8.10

Die Preise für Fabrikkartoffeln, Kartoffelflocken, Erbsen, Seradella, Buchweizen, Klee und Senf blieben unverändert. Kartoffeln an den Grenzstationen und Braugerste in gewählten Sorten über Notierung. — Tendenz: fest.

Städtischer Viehmarkt vom 11. März 1925.

Offizieller Marktbericht der Preisnotierungskommission.

Es wurden aufgetrieben: 674 Rinder, 1756 Schweine, 365 Kälber, 176 Schafe; zusammen 2971 Tiere.

Man zahlte für 100 Kilo Lebendgewicht:

Rinder Ochsen: vollfleischige, ausgemästete Ochsen von 4 bis 7 Jahren 76—80, junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 64—68, mäßig genährte junge, gut genährte ältere 48—52. **Bullen:** vollfleischige, ausgewachsene, von höchstem Schlachtwert 68—72, vollfleischige jüngere 60—64, mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 48. **Färsen und Kühe:** vollfleischige, ausgemästete Kühe von höchstem Schlachtgewicht bis 7 Jahre 80, ältere, ausgemästete Kühe und weniger gute jüngere Kühe und Färsen 64—68, mäßig genährte Kühe und Färsen 40—50.

Kälber: mittelmäßig gemästete Kälber und Säuger bester Sorte 84—88, weniger gemästete Kälber und gute Säuger 70 bis 74, minderwertige Säuger 56—60.

Schafe: Mastlämmer und jüngere Masthammel 62—64, ältere Masthammel, mäßige Mastlämmer und gut genährte junge Schafe 54, mäßig genährte Hammel und Schafe 44—46.

Schweine: vollfleischige von 120 bis 150 Kilo Lebendgewicht 120, vollfleischige von 100 bis 120 Kilo Lebendgewicht 113—115, vollfleischige von 80 bis 100 Kilo Lebendgewicht 108—110, fleischige Schweine von mehr als 80 Kilo 96—100, Sauen und späte Kastrate 90—110.

Marktverlauf lebhaft.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Styra; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel, Wirtschaft, den unpolitischen Teil und die illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild": Robert Styra; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Verlag: „Posener Tageblatt". Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc., sämtlich in Poznań.

Aus dem Gerichtssaal.

s. Posen 10. März. Wegen Paßfälschung verurteilte die 4. Strafkammer den bisher unbestraften Michał Plewiński zu 6 Wochen Gefängnis. — Wegen Vergehens gegen § 175 des Str.-G.-B. verurteilte dieselbe Strafkammer den 15jährigen Józef Urbaniak aus Trzciana, Kreis Grätz zu 2 Monaten Gefängnis. — Dieselbe Strafkammer verurteilte die vielfach vorbestraften Einbrecher Kazimierz Piskorz, Feldstraße 17, zu 2½ Jahren Zuchthaus und Kazimierz Łabędziewicz zu 2 Jahren Zuchthaus wegen eines in Luban verübten neuen Einbruchsdiebstahls.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Jeder Anfrage ist ein Briefumschlag mit Freimarke zur eventuellen schriftlichen Beantwortung beizulegen.)

Sprechstunden der Schriftleitung: nur werktäglich von 12—1½ Uhr

G. Sch. Als solche eingetragene Restkaufgelder werden höher als mit 15 Prozent aufgewertet. In Zweifelsfällen setzt das Kreisgericht die Höhe der Aufwertungsquote auf Antrag fest.

P. L. in O. Die von den beiden Kassen erteilte Auskunft ist richtig. Die Höhe der Aufwertung der Sparkassenguthaben in Polen muß noch abgewartet werden.

W. Sch. in M. Nach § 29f der Aufwertungsverordnung können Altenteilsrenten bis zum vollen Goldwert aufgewertet werden. Das hat das Gericht durch sein Urteil anerkannt. Wir halten jeden Einspruch für aussichtslos. — Zu einer schriftlichen Beantwortung Ihrer Anfrage liegt kein Anlaß vor.

P. D. J. 1. Die Aufwertung als solcher ausdrücklich eingetragener Restkaufgelder ist höher als 15 Prozent; ziffernmäßig müßte sie durch das Kreisgericht vorgenommen werden. 2. Eingeklagt werden kann nach vorausgegangener Kündigung eine ländliche Hypothek erst nach dem 1. Januar 1927, eine städtische nach dem 1. Januar 1928. Die Klausel im Kaufvertrage ändert an dieser Bestimmung der Aufwertungsverordnung nichts. 3. Die Aufwertungsverordnung vom 14. 5. 1924 bezieht sich auf alle privatrechtlichen Forderungen, deren Entstehungsgrund vor dem 28. April 1924 liegt. 4. Eine gerichtliche Anmeldung zur Aufwertung ist in Polen nicht erforderlich.

H. 63. Durch die Aufwertungsverordnung vom 14. 5. 1924 sind die von Ihnen mitgeteilten Klauseln, selbst wenn sie grundbuchlich eingetragen sind, aufgehoben. Die Hypothek ist mit 15 Prozent aufzuwerten und kann in polnischem Gelde zurückgezahlt werden.

G. D. 1. Hypotheken brauchen in Polen zur Aufwertung nicht angemeldet zu werden. Als Aufwertungsquote kommen 15 Prozent in Frage. Die noch nicht verjährten Zinsen der letzten vier Jahre sind dem Kapital hinzuzurechnen und ebenfalls mit 15 Prozent aufzuwerten. 2. Nein. Die Aufwertungsquote von Sparkassenguthaben in Polen steht noch nicht fest. 3. Ziffernmäßig können wir Ihnen die Steuer nicht angeben.

Radiokalender.

Rundfunkprogramm für Donnerstag, 12. März.

Berlin, 505 m. Vorm. Nachrichten, nachm. 4,30—6 Uhr Unterhaltungsmusik, abends 8,30 populärer Abend.

Breslau, 418 m. Vorm. Nachrichten, 5—6 Uhr Unterhaltungsmusik, abends 8,30 Opernarienabend.

Frankfurt, 470 m. Nachm. 4,30 Offenbach-Nachmittag, abends 8,30—9,30 **Sinfoniekonzert.**

Königsberg, 463 m. Abends 8—9 Uhr Instrumentalabend 9,15 Unterhaltungskonzert.

Wien, 530 m. Nachm 4,10—6 Uhr Nachmittagskonzert, 8 Uhr abends Robert Schumann **„Manfred".**

Zürich, 515 m. Abends 8,30 Opernübertragung aus dem **„Tannhäuser".**

Rundfunkprogramm für Freitag, den 13. März.

Berlin, 505 m. Vorm. Nachrichten, nachm. 4,30—6 Uhr Unterhaltungsmusik, abends 8,30 **Kammermusik** (Schubert, Brahms).

Breslau, 418 m. Vorm. Nachrichten, nachm. 5—6 Uhr Unterhaltungsmusik, 8,30 abends Orchesterkonzert.

Königsberg, 463 m. 8—10 Uhr abends: Populärer Orchesterabend.

Leipzig, 454 m. 4,30—6 Uhr nachm.: Feier von Hugo Wolfs Geburtstag. 8,15 Tschaikowsky-Abend.

Wien, 530 m. 5,10—6 Uhr: Nachmittagskonzert. Abends 8 Uhr: Münchhausens letztes Abenteuer.

Zürich, 515 m. Abends 8,30: Rezitationsabend.

Die erste Sitzung des Völkerbundsrates in Genf.

Nachdem die Vertreter der einzelnen Staaten in Genf angekommen sind, und als deren letzter Chamberlain, haben die Arbeiten des Rates begonnen.

Das Programm dieser Frühjahrstagung umfaßt folgende Punkte:

1. Begutachtung der Tagesordnung:
2. Errichtung eines Konferenzsaales.
3. Fremde Kapitalien in den Mandatsgebieten (Schwedisches Referat). Antworten der Mandatsmächte.
4. Bericht des Fürsorgeamts für griechische Flüchtlinge.
5. Interne Finanz- und Verwaltungsfragen (Referat Uruguay) und das Generalsekretariat).
6. Bestimmung eines Komitees gemäß Artikel 107 des Lausanner Friedens.

Über die erste Sitzung, die gestern um 11 Uhr begann, ist folgender Bericht veröffentlicht worden: Unter dem Vorsitz des britischen Vertreters Austen Chamberlain fand die erste Sitzung des Rats am Montag vormittag statt. Es waren erschien: für Belgien Mellot, für Brasilien Mello Franco, für Spanien Quinones d'Léon, für Frankreich Briand, für England Austen Chamberlain, für Italien Scialoja, für Japan Graf Ishii, für die Tschechoslowakei Benesch, für Uruguay Guany. Nachdem der Rat die Tagesordnung festgesetzt hatte, erledigte er eine Reihe von administrativen und finanziellen Fragen. Nach dem Bericht des schwedischen Vertreters beauftragte er die Mandatskommission, erneut die Frage der Anleihen und der Unterbringung von privatem Kapital in den Mandatsgebieten zu prüfen. Die nächste Sitzung des Rats findet am Dienstag, 11 Uhr vormittags, statt.

Die Tagesordnung des Rates wird wegen des verspäteten Eintreffens Hymans' und Undens geändert werden; die Trauerfeier für Branting soll auf Donnerstag verschoben werden. Chamberlain wird seine Erklärung zu dem Genfer Protokoll nicht vor Donnerstag abgeben. Von englischer Seite verlautet, daß Chamberlain seine Erklärung zum Genfer Protokoll in Paris Herriot vorgelegt und sie dessen völlige Billigung gefunden habe. Nach Chamberlain werden auch die anderen Ratsmitglieder, die das Genfer Protokoll bereits unterzeichnet haben, in kurzen Worten die Stellungnahme ihrer Regierungen darlegen.

Der zweite und wichtigste Punkt der Tagesordnung ist die Antwort an Deutschland in der Frage des Eintrittes in den Völkerbund. Chamberlain hat nach seiner Ankunft in Genf mit den führenden Persönlichkeiten deswegen Rücksprache genommen. Den Entwurf seiner Antwort hat er auch mit Herriot besprochen. Die Antwort wird vor der Übergabe an Deutschland im Rate verlesen und beraten werden. Der Inhalt der Antwort wird streng geheim gehalten. In Völkerbundskreisen verlautet darüber folgendes: Um die deutschen Anhänger des Eintrittes nicht vor den Kopf zu stoßen, soll der § 13, der von der Reichsregierung als Hinderungsgrund für den Eintritt bezeichnet wird, in der Antwort möglichst vorsichtig und diplomatisch behandelt werden. § 16 soll nochmals so ausgelegt werden, daß bei seiner Anwendung auf die besonderen Verhältnisse eines jeden Staates Rücksicht genommen wird. Dieser Paragraph sieht neben militärischen Sanktionen auch wirtschaftliche Sanktionen vor, die in Form einer Wasser- oder Landblockade gegen den zu bestrafenden Staat anzuwenden wäre.

Die Mehrzahl der Ratsmitglieder ist der Meinung, daß man bei den geringen Streitkräften Deutschlands auf eine militärische Beteiligung verzichten könnte, und daß auch die Bereitstellung deutschen Gebietes für den Durchzug fremder Truppen nicht die entscheidende Frage sei. Dagegen wird das größte Gewicht auf die Teilnahme Deutschlands an einer Schiedsgerichtsentscheidung gelegt. Jedenfalls wird sich der Rat bemühen, den Eintritt Deutschlands nicht durch eine verletzende Antwort zu erschweren. Die Franzosen verlangen nach wie vor den Eintritt Deutschlands ohne Vorbehalte, bevor an einen Sicherheitsvertrag gedacht werden könne, während einige Ratsmitglieder den Eintritt selbst schon als einen Teil der Sicherheitsfrage betrachten.

Neue Vorschläge Chamberlains.

London, 11. März. Der politische Berichterstatter der „Daily Mail" schreibt: In gut unterrichteten Kreisen wurde gestern abend erklärt, daß Chamberlain, nachdem er sich gezwungen gesehen habe, Herriot mitzuteilen, daß Großbritannien und die Dominions einen einfachen Sicherheitspakt zwischen England, Frankreich und Belgien nicht annehmen könnten, es übernehmen werde, auf der morgigen Sitzung des Völkerbundsrates Vorschläge für ein umfassenderes Abkommen zu machen. Er werde wahrscheinlich erklären, daß diese Pläne sorgfältiger Prüfung bedürfen, und er werde dem Rat darlegen, daß ein Alternativ-Plan für das Genfer Protokoll oder Schiedsgerichtsabkommen auf einer ähnlichen Grundlage ruhen sollten.

Dr. Marx abermals preußischer Ministerpräsident.

Der preußische Landtag vollzog gestern die Wahl des Ministerpräsidenten. Für Marx wurden bei 443 Abstimmenden 222 Stimmen abgegeben, für Richter (Deutsche Volkspartei) 131 Stimmen, für Pick (Kommunist) 42 Stimmen, für Koerner (Nationalsozialist) 11 Stimmen und für Ludendorff (Wirtsch. Vereinigung) 16 Stimmen. Marx ist somit zum Ministerpräsidenten gewählt.

Um die Wahl des deutschen Reichspräsidenten.

Demokratischer Vorschlag eines Einheitspräsidenten.

In der gestrigen Reichstagssitzung wurde beschlossen, die Wahl des Reichspräsidenten am 29. März stattfinden zu lassen. Der zweite Wahlgang soll, wenn er notwendig wird, am 26. April stattfinden. Inzwischen haben die verschiedensten Parteibesprechungen stattgefunden und aus den Vorschlägen sondern sich jetzt allmählich immer mehr die Namen Marx und Simons aus. Marx ist der Kandidat des Zentrums, während die Demokraten Dr. Simons vorschlagen.

Ein Brief der Demokratischen Partei.

Jetzt hat die Deutsche Demokratische Partei folgenden Brief sämtlichen Reichstagsparteien, mit Ausnahme der Kommunisten und Nationalsozialisten zugestellt, indem sie sich für eine Einheitskandidatur Dr. Simons ausspricht. Der Brief lautet:

„Die Vorarbeiten zur Reichspräsidentenwahl lassen erkennen, daß die Gefahr einer erneuten Aufreißung der alten verhängnisvollen Klassengegensätze täglich wächst.

Eine Wahlbewegung, in der eine größere Anzahl von Kandidaten und Parteien aufträten, würde die Gegensätze verschärfen, die großen Linien der politischen Entscheidungen verwischen und zu einem Zufallsergebnis führen, das dem gewählten Präsidenten nicht das erforderliche Ansehen im In- und Auslande gibt. Die Vermeidung dieser Gefahren ist eine nationale Pflicht.

Die Deutsche Demokratische Partei hat den Wunsch, daß unter den gegenwärtigen innen- und außenpolitischen Verhältnissen bei der Wahl des Reichspräsidenten eine möglichst große Mehrheit des deutschen Volkes sich auf eine Persönlichkeit vereinigt, die, fest auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehend, über den Rahmen der politischen Parteien hinaus, allgemeines Ansehen und Vertrauen in das hohe Amt mitbringt.

Als eine solche Persönlichkeit betrachten wir den Präsidenten des Reichsgerichts, Herrn Dr. Simons. Wir sind zu gemeinsamen Beratungen, auch über einen anderen, den erwähnten Voraussetzungen entsprechenden Vorschlag bereit.

Deutsche Demokratische Partei."

Die Pressestimmen der anderen Parteien zu diesem Schritt der Demokraten lauten recht verschieden. So schreibt die „Tägliche Rundschau": „Wenn die Demokraten es mit ihrem Schreiben ehrlich meinen, können sie sich kaum der Anregung entziehen, für Herrn Dr. Jarres zu stimmen."

Die „Kreuzzeitung" nennt das demokratische Schreiben eine Verwirrungshandlung.

Die „Zeit", ein Organ der Deutschen Volkspartei, sagt: „Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei hat ohne Debatte der Kandidatur des Herrn Dr. Jarres für den Fall seiner Aufstellung einmütig zugestimmt. Wir stimmen mit der Deutschdemokratischen Partei in der Wertung der Eigenschaften des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons überein. Bei einer Gegenüberstellung der beiden Persönlichkeiten machen wir aber keinen Hehl daraus, daß in der Hand des Herrn Jarres die Vertretung des Reiches, soweit sie in den Händen des Reichspräsidenten liegt, außerordentlich gewahrt sein würde. Wir glauben daher auch kaum, daß die in dem sogenannten Loebellschen Ausschuß vereinigten Parteien von ihrer bisherigen Stellungnahme in der Personenfrage abgehen dürften. Jedoch sind wir überzeugt, daß die Mitarbeit und Mitwirkung weiterer bürgerlicher Kreise vom Ausschuß sehr begrüßt werden wird."

Deutsches Reich.

Graf Kanitz in Köln.

Köln, 10. März. Auf seiner Reise nach dem besetzten Gebiet weilte Reichsernährungsminister Graf Kanitz gestern in Köln und stattete dem Rheinischen Bauernverein einen Besuch ab. Um 5 Uhr fand im Gebäude des Rheinischen Bauernvereins eine Besprechung statt, bei der die rheinischen Landwirte Gelegenheit fanden, dem Minister ihre Wünsche zu unterbreiten.

Die Dienstzeit der Reichsbeamten.

Berlin 10. März. Das Reichskabinett hat darüber folgenden Beschluß gefaßt: **Die Dienstzeit kann auf 51 Stunden wöchentlich** herabgesetzt werden, soweit dies ohne erhebliche Mehraufwendungen möglich ist. Unberührt bleiben die allgemeinen Grundsätze über die **Verpflichtung des Beamten** die ihm übertragenen Arbeiten rechtzeitig ohne Rücksicht auf die allgemeine Regelung der Dienststunden zu erledigen, und über die Erhöhung der Dienstzeit bei bloßer Dienstbereitschaft. Die Einzelminister erlassen die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

Anwachsen der deutschen Stimmen in der Nordmark

Hamburg, 11. März. Bei der Stadtverordnetenwahl in Sonderburg entfielen 852 Stimmen auf die deutsche Liste. Das bedeutet einen Zuwachs von 240 Stimmen. Gewählt wurden 5 Deutsche. Bei der Stadtverordnetenwahl in Hoyer wurden gewählt 8 Deutsche 1 deutscher Sozialdemokrat, 2 Dänen. Die Deutschen gewannen zwei Mandate.

Zum Erdsturz in Helgoland.

Hamburg, 11. März. Ueber den Erdsturz auf Helgoland wird weiter berichtet, daß es sich um insgesamt 12 000 Kubikmeter Erdmasse handeln dürfte, die in einer Länge von 60 Metern und in einer Breite bis zu 8 Metern abstürzte. Es ist nicht ausgeschlossen, daß eine Explosion am Strande angetriebener Minen zu der Katastrophe beigetragen hat. Die geologische Landesanstalt entsandte einen Mitarbeiter zur Untersuchung. Ein künstlicher Mauerschutz bestand an der Absturzstelle nicht.

Hougthons Meinung über Deutschland.

London, 11. März. Reuter berichtet aus Neuyork, daß der neu ernannte amerikanische Botschafter Hougthon sich sofort nach Washington begab, um mit Kellogg zu beraten. In einer Unterredung erklärte er, daß Deutschland im wesentlichen entwaffnet sei. Auf die Frage, ob Deutschland in der Lage sein werde, wieder eine Weltmacht zu werden, erwiderte Hougthon, seiner Ansicht nach werde Deutschland niemals die große Militärmacht sein wollen, die es vor dem Kriege gewesen sei, aber wirtschaftlich werde es wieder so groß werden wie jemals. Hougthon sagte weiter, der Tod des Präsidenten Ebert sei ein furchtbarer Verlust für Deutschland, jedoch andere Männer würden seine Stellung einnehmen und die friedliche Entwicklung des Landes fortsetzen. „Daily Mail" bringt ebenfalls eine Meldung über das Interview und stellt insbesondere fest, daß Hougthon betonte, Deutschland denke an die Wiederherstellung der Monarchie oder es werde einen Versuch machen, die Herrschaft in militärischer Hinsicht, die es vor dem Kriege gehabt hat, wieder zu gewinnen. In zehn oder zwanzig Jahren werde vielleicht die Frage der Wiederherstellung der Monarchie auftauchen, aber jetzt beständen derartige Pläne nicht. Laut „Westminster Gazette" machte sich Houghton über den Bericht der interalliierten Militärkommission lustig und sagte, er sei überzeugt, daß die Republik in Deutschland von Dauer sein werde.

Was Deutschland gezahlt hat.

Das Pariser „Petit Journal" veröffentlicht das Ergebnis der ersten sechs Monate des Dawesplans. Der Generalagent für Reparationszahlungen hatte erhalten:

In bar durch die Dawes-Anleihe 469 682 678 Goldmark, in bar durch die Einkünfte der Reichsbahn 100 Millionen Goldmark, Rückzahlung von ergänzenden Kohlenlieferungen 10 161 523 Goldmark Differenzen bei Geldwechsel und Zinsen 66 661 Goldmark, **Gesamteinnahmen 579 910 868 Goldmark.**

Der Generalagent für Reparationen zahlte an Frankreich 197 481 750 Goldmark, an Großbritannien 106 844 718 Goldmark an Belgien 45 165 330 Goldmark, an Italien 37 192 577 Goldmark, an Serbien 14 939 450 Goldmark, **insgesamt 463 696 249 Goldmark.** Der Restbetrag ist am 28. Februar an die Reichsbank mit 116 214 615 Goldmark überwiesen worden.

Senator Borah zum Sicherheitspakt.

Für die Anerkennung Rußlands.

Der bekannte Vorsitzende des amerikanischen Staatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten sagte einem Vertreter der „United Preß" folgendes über den Sicherheitspakt: Er betonte, daß der Pakt eine rein europäische Angelegenheit sei, womit sich seine Auffassung völlig mit der des Weißen Hauses deckt. „Der Pakt," sagte er, „ist nichts weiter als eine Erneuerung der Heiligen Allianz unter neuem Namen, aber mit den gleichen Gefahren." Dann wandte er sich der Anerkennung Rußlands zu, die er für einen Angelpunkt einer gesunden internationalen Politik hält. Borah beabsichtigt, im Sommer einen Redefeldzug durch die Vereinigten Staaten zu unternehmen, um für die Anerkennung Rußlands zu sorgen. Er erklärte, daß Präsident Coolidge der Anerkennung zuneige, doch sei die Art und Weise hierfür noch nicht geklärt. Auch das Kabinett habe sich im allgemeinen seiner Ansicht angeschlossen, daß gefestigte Verhältnisse in der Welt unmöglich seien, solange nicht die regelmäßigen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland wiederhergestellt seien.

Aus anderen Ländern.

Wiederaufnahme der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 11. März. Die Morgenblätter veröffentlichen folgende Mitteilung: Der ehemalige Handelsminister Renaldi ist durch die deutsche Wirtschaftsdelegation benachrichtigt worden, daß alle Maßnahmen getroffen seien, damit die Wiederaufnahme der Verhandlungen der beiden Delegationen, wie vorgesehen, am 16. März beginnen kann; jedoch wird Dr. Trendelenburg, der augenblicklich unpäßlich ist, vorübergehend durch den Ministerialdirektor im Wirtschaftsministerium, Posse, ersetzt werden. Dr. Trendelenburg wird den Vorsitz der deutschen Delegation wieder übernehmen, sobald sein Gesundheitszustand es gestatten wird.

Die englische Presse zur Sicherheitsfrage.

Einer Londoner Meldung zufolge sind die englischen Blätter allgemein der Ansicht, daß die Unterredung Chamberlains und Herriots nichts Greifbares ergeben hätte. Zwar sei die Sicherheitsfrage nunmehr aus dem Stadium der Fühler in das diplomatischer Unterhandlungen gelangt, aber es könne Herbst werden, bis sich ein Ergebnis zeige. Als Hauptschwierigkeit wird der Status quo Osteuropas bezeichnet, den die englische öffentliche Meinung für unhaltbar ansieht. In der Räumungsfrage glaubt der „Daily Telegraph" versichern zu können, Chamberlain habe Herriot als Auffassung der englischen Regierung mitgeteilt, daß die Ausstellungen des Kontrollausschusses binnen wenigen Monaten abgestellt werden könnten. Zu einer weiteren Verschiebung der Räumung auf Grund des Artikels 429 sei nicht der Wille einer einzelnen Besetzungsmacht, sondern die Übereinstimmung aller Verbandsregierungen erforderlich, und England lege diesen Artikel anders aus als Frankreich. Die gesamte englische Presse bestätigt die Erklärung Chamberlains, daß das englische Volk den Einschluß Deutschlands in jede Art von Sicherheitspakt verlangt.

In kurzen Worten.

Zwei englische Militärflugzeuge stießen in einer Höhe von 4000 Fuß zusammen. Die Apparate, die fest zusammenhingen, stürzten brennend zur Erde, aber beide Piloten sprangen mit Fallschirm ab und kamen ohne Schaden auf dem Erdboden an.

*

Der längste Tunnel der Welt. Der Durchstich des riesigen Tunnels von Huntington Lake in Kalifornien ist beendet. Vor vier Jahren wurde mit dem Bau begonnen und vor einigen Tagen ist er mit unglaublicher Genauigkeit vollendet worden. Die Abweichung der Tunnelschächte, die von zwei Seiten her in das Gebirge getrieben wurden, beträgt kaum 30 Zentimeter. Der Huntington-Tunnel ist 2 Kilometer länger als der berühmte Simplontunnel, der eine Länge von 19 730 Metern hat. Der Huntington-Tunnel dagegen ist 21 760 Meter lang und besitzt in seiner ganzen Länge einen Durchmesser von 4½ Metern. Der Tunnel ist ein Glied in dem gewaltigen hydro-elektrischen Huntington-Lake-Projekt, das die Edison-Gesellschaft von Süd-Kalifornien vor 12 Jahren in Angriff genommen hat.

*

Auf der Werft von Blohm u. Voß ist heute mittag das Motorschiff „Duisburg", das eine Tragfähigkeit von 10 000 Tonnen hat, vom Stapel gelaufen. Die Maschinenanlage, bei der ein neuartiger hydromechanischer Antrieb zur Verwendung kommt, besteht aus 28zylindrigen Dieselmotoren mit einer Gesamtleistung an der Propellerwelle von 4100 PS. Das neue Motorschiff gehört der Deutsch-Australischen Dampfschiffahrtsgesellschaft in Hamburg.

*

Justizrat Max Bernstein in München ist im Alter von 71 Jahren gestorben. Er war einer der bekanntesten deutschen Rechtsanwälte.

*

Ein großes Wasserflugzeug des englischen Luftdienstes, das den Dienst zwischen Southampton und Guernsey versieht, konnte letzten Dienstag einem Schwerkranken schnell Hilfe bringen. Das Flugzeug lag im Hafen Guernsey zur Abfahrt nach Southampton bereit, als von der benachbarten Insel Jersey ein dringender Ruf nach einem Spezialarzt einlief. Dr. Clayton Reid bestieg sofort das Flugzeug und war innerhalb einer Stunde am Bett seines Patienten, um ihm dringende Hilfe und Beistand zu leisten.

*

Das französische Kriegsgericht in Wiesbaden hat drei Deutsche wegen Besitzes von Radioapparaten zu 200—800 M. Geldstrafe verurteilt.

Letzte Meldungen.

Teilmobilisierung der türkischen Armee.

Konstantinopel, 10. März. Die Militärbehörden geben die Mobilisierung der Männer im Alter von 23 bis 26 Jahren bekannt, die jetzt in Konstantinopel leben und aus Gebieten stammen, die dem Aufstandsgebiet benachbart sind. Seit einigen Tagen ist die Polizei damit beschäftigt, diese Leute einzuziehen.

Das Schicksal des Fünfstaatenpaktes.

Chamberlain empfing Pressevertreter, denen er erklärte, daß der Pakt der fünf Staaten unter der Teilnahme Deutschlands während der Beratungen der gegenwärtigen Session nicht erörtert werden wird. Ein Teil der Presse wundert sich darüber, daß Minister Benesch seine frühere Beweglichkeit aufgegeben hat und Stillschweigen bewahrt.

Unzureichende Antwort Litauens.

Der „Kurjer Polski" meldet aus Genf, daß der Völkerbundsrat die Antwort Litauens in der Angelegenheit der polnischen Minderheit als unzureichend erkannte. Es wurden Verwaltungserleichterungen auf dem Gebiete des Schulwesens und der Sprache angekündigt.

In dankbarer und herzlicher Freude zeigen wir die glückliche Geburt unserer Tochter

Dorothea

an.

Pfarrer Gottfried Hein u. Frau
Elsbeth, geb. Schober.

Altboyen (Bojanowo Stare),
Sonntag den 8. März 1925.



S. Kaczmarek, Poznań

ul. 27. Grudnia 20. ul. 27. Grudnia 20.

empfiehlt in grösster Auswahl
zu bekannt billigen Preisen
prima Damen- u. Kinder-Wäsche, Korsetts u. Büstenhalter, wollene Jacken, Kleider u. Kostüme, Damen- u. Kinderstrümpfe, Trikotagen, Schlafröcke usw.

Hannoverscher Kurier

Die führende Zeitung Nordwestdeutschlands

76. Jahrgang



Das alte und bewährte Anzeigenblatt

Eigene Auslandsvertretungen
Großer Wirtschaftsdienst

Wer probt **Der lobt**



nur Suhler Jagdwaffen

der Firmen
Simson & Co. **Suhl** F. Jäger & Co.
General-Vertreter: **Max Wurm**
in Suhl geprüfter Büchsenmacher
Poznań, ul. Wjazdowa 10a. Tel. 2664.

Gebrauchtes Pianino oder Flügel,
wenn auch etwas reparaturbedürftig, **zu kaufen gesucht.**
Offerten mit Preisangabe unter **D. 4451** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Fenster-Glas

Ornament-, Kathedral-, Roh-, Draht, **Gartenglas,** Glaserkitt, **Spiegel,** Diamanten usw. empfehlen

Polskie Biuro Sprzedaży Szkła, T. z ogr. por.
dawniej M. Fuss,
Poznań, Małe Garbary 7a. Tel. 28-63).

Holzkohle,

gebrannt aus frischem Kiefernholz, verkauft en gros u. en détail

Fa Drzewo Grodzisk T. z o. p.
Porażyn, pow. Grodzisk.

Suche
gebrauchten, alten Stacheldraht
zu kaufen.
R. Müller, Drawski Młyn, pow. Czarnków.

Ca. 10 junge Stiere

Gewicht 7—8 Zentner, sowie mehrere gute
Absatz- u. 3jährige Bullkälber
aus der Herdbuchzucht hat abzugeben
Dom. Osowo Stare, poczta Szamotuły.

Neu! Neu!

Sofort lieferbar!

Wir empfehlen zur Anschaffung:
Leidner, Der praktische Getreidezuchtbetrieb,
Dr. L. Wegener, Landesökonomierat:
Geldweltmächte, Landwirte und Genossenschaften.
Preis 1 Zloty,
nach auswärts mit Portozuschlag unter Nachnahme.

10 verschiedene Jahrgänge der **„Modernen Kunst“,** ungeb. Wir machen die Interessenten auf die wertvollen Kunstbeilagen aufmerksam. Es sind vorhanden die Jahrgänge Nr.: 13, 14, 15, 16 17, 18, 19, 20 und 21. Es werden auch einzelne Jahrgänge abgegeben.

Neu! Neu!

Sofort lieferbar:

Feller, Gut Polnisch, —
„ Gut Russisch, —
„ Gut Englisch, —
„ Gut Französisch, —
Bachmann Einfache Buchführung, —
Bachmann, Doppelte Buchfhg.
Uebelacker Gut Deutsch, —
„ Deutscher Musterbriefsteller, —
Schulze, Gut Rechnen, —
Schramm, Das richtige Benehmen. —
Busch, Gesellschafts-Spielbuch,
„ Reden und Toaste, —
„ humorist. Vorträge,
Freund, Geflügelzucht.

Drukarnia Concordia Sp. Akc.
fr. **Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.,**
Poznań, Zwierzyniecka 6
Abt.: Versandbuchhandlung.

Pflüge ◆ Eggen ◆ Ackerschleifen

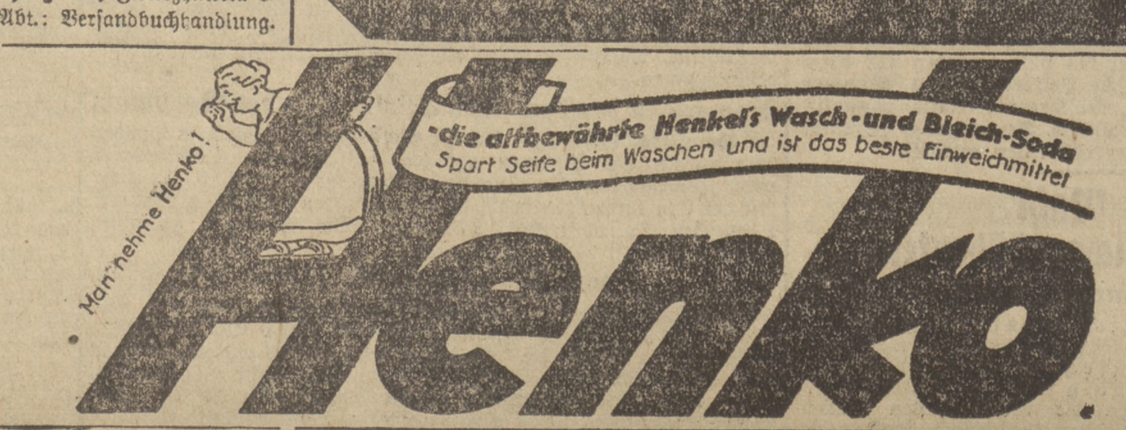
Federzahn-Kultivatoren
Drillmaschinen für Getreide und Rüben
Chilistreuer, zwei- und mehrreihig
Düngerstreumaschinen
Düngermühlen
Kartoffel-Sortier- u. Waschmaschinen
Kartoffel-Pflanzlochmaschinen
Hackmaschinen für Rüben und Getreide.

Grosses Lager von Ersatzteilen.

Związkowa Centrala Maszyn

Tow. Akc.
Poznań, ul. Wjazdowa 9.

Fernspr.: 2280 u. 2289. Telegr.: Cemata Poznań.



Original „Harder“
Ackerschleife
mit u. ohne Momentverstellung

sofort vom Lager lieferbar.
Paul Seler, Poznań
ul. Przemysłowa 23
Telephon 2480.

Ich bin Käufer für:

getrocknete Zuckerrüben
getrocknete Cichorienwurzeln
Trockenschnitzel, Seradella
Blau- und Gelblupinen
Wicken, Peluschken

u. bitte um grossbemusterte Offerten. Zahle Kasse gegen Duplikat.

Siegfried Cohn, Poznań
Tel. 2618 und 2619 ul. 27. Grudnia 5 Tel.-Adr.: „Getreidecohn.“

Norgesalpeter

zur sofortigen und späteren Lieferung bietet an

Landwirtschaftl. Hauptgesellschaft
T. z o. p.
Poznań.

Ab Lagerplatz Poznań ist sofort im Einzelnen oder im Ganzen folgendes zu verkaufen:

an **1000,00 lfdm. Wasser-Hanfschläuche,** 5—7 cm. Durchmesser, für Fabriken, Gärtnereien, Ziegeleien, noch sehr gut erhalten. an **75 Stück Gattersägen,** 5—10 cm. breit, **25 Bandsägen,** 5—7 cm. breit 6—8 m. lang, **3000 lfdm. starke Gerüst-, Zaunsäulen- u. Grubenhölzer,** 4—8 m. lang. an **50 Stück Rüststangen,** à 14—16 m. lang. **6 Stück eichene Obergestelle,** mit Verdeck zu Wagen, an **300,00 lfdm. Kantholz** 13/13 cm. stark. an **400 qm. Schalbretter u. Bohlen,** **10 Stück Kartoffeldämpfer, Bolzen, Eisen, T-Träger,** **30 Stück 1 Meter lange Erdbohrer,** 6 cm. stark.

Zu erfragen:
Telefon 3177, Poznań.

Landwirtschaft,
Nähe Posen oder Bahnstation **zu pachten gesucht.**
Gefl. Zuschrift. unt. **H. 4431** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Land zur Gärtnerei geeignet, **zu pachten gesucht.**
Gefl. Zuschriften unt. **4432** an die Geschäftsstelle d. Bl.

10000 zł,
geg. gute Sicher. u. Zinsen sucht altes, solides Geschäft. Off. u. **4413** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Solidem strebs. jung. Mann, Land., poln. Staatsb. bietet sich
Einheirat
in ein gutgeh. Geschäft mit Land. Etwas Vermög. erwünscht
Gefl. Off. unt. **A. M. 4458** an d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Sattler u. Tapezierer
hauptsächlich in **Tapezierarbeiten** und **Dekoration** firm in den 30er Jahren, kath. Kavalier, mit 4000 zł. Barvermögen und 2000 zł. in Waren, sucht die Bekanntschaft einer **Dame,** Konf. gleich, auch **kinderlosen Witwe zwecks Heirat** eventuell

Einheirat

gleich welcher Branche, bevorzugt jedoch Sattler- und Möbelbranche in der ehemaligen Provinz Posen.
Offerten unter **R. 4467** an die Geschäftsst. d. Blattes erb.

Spielplan des Großen Theaters.

Mittwoch,	den 11. 3. **„Othello“.**
Donnerstag,	den 12. 3. **„Die lustigen Weiber von Windsor“.**
Freitag,	den 13. 3. Jubiläumsvorstellung unter Leitung T. Nowowiejskis. **„Legenda Bałtyku“.**
Sonnabend,	den 14. 3. **„Goplana“.**
Sonntag,	den 15. 3., nachm. 3 Uhr **„Krakowiacy i Górale“.**
Sonntag,	den 15. 3., abends 7½ Uhr **„Balettabend“.**
Montag,	den 16. 3. **„Tosca“.**

Teatr Pałacowy, pl. Wolności 6.

Hauptprogramm:
„Das Opfer der Unschuld und des Wahnsinns“
in 7 Akten. In den Hauptrollen: **Clara Bow** und **Huntly Gordon.**
Außer Programm: „Tiere oder Menschen“. Humoristische Geschichten aus dem Tierleben, und
„Wie kleidet sich eine moderne Pariserin“
Revue der neuesten Pariser Moden.

Landwirtschaft,
240 Morgen groß, unt. Administration oder Inventarkauf **zu verpachten.** Offerten unter **B. Z. 4311** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.



Empfehle
gelben Eckendorfer

Rüben-Samen

bestens gereinigt, hochkeimfähig. Altbekannte, hochertragreiche Sorte.

Preis pro Ztr. 57 złoty.
Säcke zum Selbstkostenpreis.

Saatzuchtwirtschaft Slupia Wielka
bei Środa.

Wiederverkäufer werden gebeten, Spezialofferte einzuholen.